Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 27. Juli 1921

Nummer 345 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Berlin Straße 3-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Helft den russischen Arbeitsbrüdern

Ein Aufruf der russischen sozialdemokratischen Partei

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands veröffentlicht folgenden Aufruf:

Angesichts der in Rußland ausgebrochenen Hungersnot, die die Arbeiterklasse Rußlands mit physischem Untergang bedroht, richten wir auf Veranlassung unserer Partei an alle Arbeiterparteien und Organisationen Deutschlands das dringende Ersuchen, unverzüglich ein Arbeiterkomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welches die Hilfaktion in Deutschland organisieren und anführen soll. Wir wenden uns gleichzeitig auch an den internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zur Organisierung einer internationalen Hilfsaktion zu ergreifen.

Der Aufruf der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeitervertretung Rußlands deckt sich sinngemäß mit der Aufforderung des Exekutivkomitees der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, wonach in allen Ländern Arbeiterausschüsse zur Hilfeleistung für Rußland gebildet werden sollen. Der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die sich hieraus ergebenden Maßnahmen bereits getroffen. Dagegen hat der Vorstand der SPD. auf ein Schreiben der Zentrale der VKPD. geantwortet, daß er sich zwar an einer allgemeinen Hilfsaktion beteiligen wolle, „jede Art politischer Einstellung" in dieser Frage, und somit auch die kommunistische Sonderaktion, aber ablehne.

Wir sind davon überzeugt, daß die rechtssozialistischen Arbeiter diese Stellungnahme ihres Parteivorstandes nicht verstehen werden. Es kann sich jetzt nicht darum handeln, irgendwelche aus parteiegoistischen Motiven geborenen Sonderaktionen zu unterstützen, sondern das gesamte Proletariat muß zusammentreten, um den hungernden Arbeitern und Bauern in Rußland schnelle Hilfe zu bringen. Die Ablehnung jeder „politischen Einstellung" würde nur bedeuten, daß die Arbeiterklasse ihre ganze Hoffnung auf das milde Herz jener kapitalistischen Kreise setzen soll, die die Hungerkatastrophe in Rußland am liebsten dazu ausnutzen möchten, um dort ein reaktionäres Regime wieder aufzurichten!

Die Hilfe der österreichischen Arbeiter

Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs richtet an die Arbeiterklasse Deutschösterreichs einen Aufruf mit der Aufforderung, der von Hungersnot und Seuchengefahr bedrohten russischen Revolution zu Hilfe zu eilen. Die Arbeiter verteidigten, so heißt es in dem Aufruf, mit der russischen Revolution ihre eigenen revolutionären Errungenschaften und Hoffnungen.

*

Der Appell Maxim Gorkis zur Unterstützung der von der Hungersnot bedrohten Bevölkerung hat auch bei unseren österreichischen Genossen warme Aufnahme gefunden. In einem Aufruf fordern der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie und die Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs gemeinsam zu einer Sammlung auf. In diesem heißt es, daß es Menschenpflicht sei, von Hunger- und Seuchentod bedrohten Menschen zu helfen, und unbeschadet der Gegnerschaft zu der in Rußland herrschenden Partei verbinde doch unzerreißbare Solidarität das österreichische Proletariat mit dem Proletariat Rußlands. Der Aufruf fährt fort:

„Vor kurzem noch haben unsere Genossen im Ausland unter der Führung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für uns gesammelt, um unsere Not zu lindern. Wir wollen unsern ausländischen Genossen für die werktätige Bekundung ihrer Solidarität danken, indem wir jetzt für Proletarier sammeln, die in noch schlimmerer Not sind als wir."

Zum Schluß wird betont, daß, da Oesterreich keine Lebensmittel abgeben könne, es doch dem russischen Proletariat mit Heilmitteln helfen könne.

Frau Gorki über die Hungersnot

DA. **Berlin**, 26. Juli.

Die gegenwärtig in Berlin sich aufhaltende Gattin Maxim Gorkis, Frau Elisabeth Andrejewna-Gorki, äußerte sich zu dem Berliner Korrespondenten der „Chicago Tribune" über die furchtbare Hungerkatastrophe, die Rußland betroffen hat und deren Größe sie aus eigener Anschauung kennt. Frau Gorki stellte ausdrücklich fest, daß Bolschewisten wie Nichtbolschewisten ihr Menschenmöglichstes täten und sich gemeinsam verbunden hätten, das russische Volk vor einer Tragödie zu retten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. „Mein Mann", sagte Frau Gorki, „ging zu Lenin und bat um die Erlaubnis, eine Bewegung zur Rettung des russischen Volkes zu organisieren. Gorki erkannte, daß nur Hilfe vom Auslande noch einige Wirkung haben könnte, da die Lage schon den höchsten Gefahrenpunkt erreicht hatte. Es gelang meinem Manne endlich, Lenins Zustimmung dazu zu erwirken, daß nichtbolschewistische Russen, deren Wort in der ganzen Welt als glaubwürdig hingenommen wird, sich an die Spitze des Hilfswerks stellen durften. Ich habe neue Nachrichten von meinem Manne. Er teilt mir mit, daß die Massenflucht aus dem Wolgagebiet schon 6 Millionen Menschen betroffen hat. Diese nationale Panik ist erfüllt von unzähligen schrecklichen Tragödien. Der Hunger herrscht heute über 18 Provinzen des europäischen Rußlands. Insgesamt hungern 20 000 000 Menschen."

Frau Gorki teilte dem Journalisten noch mit, daß sie und ihr Mann, sofern sie die Einreiseerlaubnis erhielten, nach Amerika zu gehen beabsichtigen, da sie auf die amerikanische Hilfe ihre ganze Hoffnung gesetzt hätten. Sie erinnerte daran, daß im Jahre 1891 anläßlich der furchtbaren Cholerakatastrophe in Rußland Amerika es war, das entscheidende Hilfe brachte.

Das Moskauer Hilfskomitee

O.E. **Terioki**, 26. Juli.

In Petersburg hat es Aufsehen erregt, daß außer den früher genannten Persönlichkeiten aus dem ehemaligen öffentlichen Leben Rußlands und aus der „provisorischen Regierung" auch solche Männer in das Hilfskomitee für die Hungergebiete eintreten konnten, wie der ehemalige Vorsitzende der Reichsduma, Golowin, der frühere zarische Minister Kutler und der gegenwärtig eine Strafe verbüßende Vorsitzende des früheren Zentral-Genossenschaftsverbandes Korobow. Die Eingabe, die der frühere Kerenski-Minister Prokopowitsch an den Rat der Volkskommissare gerichtet hat, wird in Petersburg lebhaft erörtert. Auf der konstituierenden Sitzung des Hilfskomitees betonte Kamenew das unpolitische Gepränge des Komitees und erklärte, daß alle Fonds und zur Linderung der Hungersnot bestimmten Lebensmittel zur unumschränkten Verfügung des Komitees gestellt werden würden. Das Präsidium des Allrussischen Zentralexekutivkomitees hat den Bestand des Hilfskomitees bestätigt. An der Spitze des Komitees steht der Vorsitzende des Allrussischen Z. E. K. Kolinin, dessen Stellvertreter Smidowitsch ist; zu den Komiteemitgliedern zählen Rykow und Kamenew.

Verständigung über Oberschlesien

London, 26. Juli.

Wie Reuter erfährt, haben die britische und die französische Regierung nunmehr ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberschlesien in Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt.

Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen, und, um den Wünschen Briands entgegenzukommen, hat sie dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst, Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, Tufton, Vorstand des mitteleuropäischen Departements, und Waterlow, Mitglied dieses Departements, sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Genannten nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen.

Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden.

Paris, 26. Juli.

Havas teilt mit: Entsprechend dem jetzt von Frankreich, England und Italien aufgenommenen Verfahren wird die Sachverständigenkommission, die die oberschlesische Frage vor dem Zusammentritt des Obersten Rates prüfen soll, kommenden Donnerstag in Paris zusammentreffen.

Die Konferenz des Obersten Rates

Die amtliche Meldung

London, 26. Juli.

Reuter meldet amtlich: Der Oberste Rat wird am 4. 8. in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden England auf der Konferenz vertreten. Lloyd George werde wahrscheinlich nicht zugegen sein.

Die „Times" drückt in einem Leitartikel ihre Freude darüber aus, **daß der Weg zu einer endgültigen Aktion geklärt sei.** Das Blatt bemerkt, wenn der Oberste Rat nicht imstande sei, eine endgültige Entscheidung bezüglich Oberschlesiens zu treffen, so könne er doch wenigstens das Problem vereinfachen. Die Alliierten würden dann imstande sein, das Problem mit mehr Ruhe anzusehen und durch vorläufige Maßnahmen eine endgültige Lösung vorzubereiten.

Die neuen Steuervorlagen sollen am 28. Juli im Kabinett durchberaten werden und danach dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen.

Keine Illusionspolitik!

Nach Angabe eines Pariser Blattes sollen Lloyd George und der englische Minister des Auswärtigen, Lord Curzon, durch den deutschen Botschafter in London die Berliner Regierung ausdrücklich vor jeder Spekulation auf Uneinigkeit unter den Alliierten gewarnt haben. Man täusche sich in Deutschland, wenn man glaube, sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen seinen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten entziehen zu können, oder wenn man annehme, die Bande herzlicher Freundschaft, die England und Frankreich bisher vereinten, seien schwächer geworden.

Wir wissen nicht, ob die Nachricht der französischen Zeitung richtig ist. Aber auf alle Fälle werden die deutsche Regierung und die deutsche Oeffentlichkeit gut daran tun, ihre Politik so zu gestalten, als ob tatsächlich eine solche Warnung ergangen sei. Wir müssen immer wieder betonen, daß nichts verfehlter wäre, als der Versuch, England gegen Frankreich auszuspielen, und daß nichts zu größeren Enttäuschungen führen könnte, als die Hoffnung, englische Freundschaft werde das oberschlesische Problem in einem uns günstigen Sinne lösen und ganz allgemein die schwere Last, die auf Deutschland ruht, erleichtern.

Großbritanniens Handeln ist nicht von den Rücksichten auf unsere schönen Augen diktiert, sondern es wird einzig und allein durch sehr reale Interessen bestimmt. London will an dem engen Einvernehmen mit Frankreich festhalten, aber es sucht gleichzeitig zu verhindern, daß der Verbündete auf dem europäischen Festland militärisch und politisch gar zu sehr erstarkt, und daß er wirtschaftlich zu einer Bedeutung gelangt, die England gefährlich werden könnte. Man sucht mit Geschick zwischen diesen Klippen zu lavieren, und daraus ergibt sich für Deutschland die dringende Notwendigkeit, sich der größten Zurückhaltung zu befleißigen. Denn jedesmal, wenn der Anschein erweckt wird, als ob man in Berlin auf englische Sympathien baue, sieht London sich genötigt, uns erst recht die kalte Schulter zu zeigen.

Wenn die britische Regierung, woran ja nicht zu zweifeln ist, in Oberschlesien eine Linie ziehen will, bei der Deutschland verhältnismäßig gut abschneidet, so sind für sie die Notwendigkeiten des deutschen Wirtschaftslebens von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Sie würde an sich den französischen Plänen nicht so entschieden widersprechen, wenn es ihr eben nicht bekannt wäre, daß Polen ein Pfeiler der Machtstellung Frankreichs auf dem Festlande ist. Sie weiß natürlich von den vertragsmäßig festgelegten engeren Beziehungen zwischen ihren Alliierten und Polen. Sie kennt ebenso die Bestrebungen, unter der Führung Frankreichs ein enges Einvernehmen zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei herzustellen, und sie ist sich nicht im unklaren über die Rückwirkungen einer solchen Politik. Frankreich, das sich auf die beiden genannten slavischen Staaten verlassen kann, hat weniger Grund, auf das verbündete England Rücksicht zu nehmen. Es kann sich von London mehr und mehr emanzipieren, es braucht die Unterstützung Englands gegen wirkliche oder vermeintliche Revanchepläne Deutschlands nicht mehr mit Zugeständnissen irgendwelcher Art zu bezahlen.

Noch ein anderer Umstand erregt jenseits des Kanals eine gewisse Beunruhigung. Es ist in den letzten Tagen darüber Beschwerde geführt worden, daß die Pariser Regierung nicht nur mit ihrem selbständigen Vorgehen in der oberschlesischen Frage, sondern auch bei den Wirtschaftsverhandlungen, die sie mit Deutschland geführt habe, aus der Reihe getanzt sei. Man würde sich täuschen, wollte man diesen Unwillen nur auf den formalen Wunsch nach der strikten Innehaltung des Versailler Vertrages zurückführen. Die englischen Industrie- und Handelskreise sind durch den Gedanken beunruhigt, daß Frankreich sich Sondervorteile sichern könnte, die der Hebung seiner Industrie dienten und seine Fähigkeit, mit dem britischen Export zu konkurrieren, steigerten. Vielleicht ist die feste Haltung, die England in den letzten Tagen gegenüber den Pariser Wünschen eingenommen hat, nicht zuletzt auch auf Erwägungen dieser Art zurückzuführen.

Daraus folgt aber auch, daß es Ausgleichsmöglichkeiten zwischen den beiden Verbündeten gibt, und daß wir uns nicht voreilig in Illusionen über die schließliche Entscheidung in Oberschlesien wiegen dürfen. Die Frage ist nur, ob ein solcher Ausgleich bereits in der bevorstehenden Tagung des Obersten Rats zustande kommen kann. Es bedarf, wie wir einstweilen annehmen möchten, längerer Zeit zu seiner Reife, und deshalb bezweifeln wir, daß das endgültige Urteil über die Zukunft Oberschlesiens schon jetzt fallen wird. Die Anzeichen sprechen mehr für die Schaffung eines Provisoriums, und wenn auch der Vorschlag des italienischen und des englischen Kommissars, nach dem diejenigen Gebiete, über die sich die Verbündeten einig sind, Deutschland resp. Polen sofort zugewiesen werden sollen, während der Rest einstweilen von der Entente besetzt bleibt, von verschiedenen Seiten als abgetan bezeichnet wird, so halten wir es doch für möglich, daß man wieder auf diese oder eine ähnliche Lösung zurückkommt.

Sie wäre nach unserer Meinung am Ende auch die beste, die im Augenblick getroffen werden könnte. Die nationalistische Erregung auf allen Seiten erschwert eine definitive Entscheidung außerordentlich, und wenn zwischen Polen und Deutschland vorläufig eine Art von neutralem Gebiet eingeschoben würde, so wäre damit für die Beruhigung der Gemüter Zeit gewonnen. Aber was beinahe noch wichtiger ist: es wäre vielleicht auch der Weg zu einer unmittelbaren Verständigung zwischen Deutschland und Polen geöffnet. Daß er bisher als nicht vorhanden betrachtet wurde, ist in hohem Maße bedauerlich. Hätte man sich ernstlich bemüht, ihn zu finden, so wäre uns sicher manches Unheil erspart geblieben.

Die Schuld liegt wahrscheinlich auf beiden Seiten, indessen ist es doch nötig, auf Aeußerungen hinzuweisen, die der polnische Wiederaufbauminister kürzlich gegenüber einem Vertreter eines holländischen Blattes getan hat. Danach habe Warschau immer eine allgemeine wirtschaftliche Annäherung gewünscht. Es sei jedoch in Berlin auf Widerstand gestoßen. Jedesmal, wenn man über einen solchen Vorschlag habe sprechen wollen, sei Dr. Simons als Minister des Auswärtigen ausgewichen, weil er wirtschaftliche Fragen nicht isoliert von den politischen behandeln wollte.

Trifft das zu, dann hat sich die verflossene deutsche Regierung einer schweren Verfehlung schuldig gemacht, denn für eine Regelung der politischen Differenzen hätte eine vorhergehende wirtschaftliche Auseinandersetzung die beste Grundlage geboten. Es ist viel versäumt worden, aber es ist noch nicht alles verloren, wenn anders die jetzige Regierung vernünftiger vorgeht und statt ihre Aufmerksamkeit durch die Gegensätze im Lager der Entente bannen zu lassen, ernstlich an eine direkte Fühlungnahme mit dem polnischen Staate denkt, der zuletzt ja auch einsehen muß, daß die französische Freundschaft alles andere eher denn einen uneigennützigen Carakter trägt.

Das oberschlesische Problem

Ein Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für das Studium der oberschlesischen Frage eingesetzte Kommission veröffentlicht ihren Bericht über die von ihr im umstrittenen Gebiete durchgeführte Untersuchung. Es wird darin ein allgemeiner Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des industriellen Gebietes, eine Prüfung der sich gegenüberstehenden Auffassungen sowie schließlich eine Zusammenfassung der für die Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes unbedingt nötigen Voraussetzungen gegeben. Die Enquête der Vertreter des J. G. B. fiel in die Zeit des oberschlesischen Aufstandes. Sie erinnern an die Haltung, zu der sie sich unter diesen Umständen veranlaßt sahen, sowie an die erfolgreichen Bemühungen, die sie zur Herbeiführung des Friedens gerade in dem Augenblicke machen konnten, wo sich die Lage am meisten zugespitzt hatte.

Die Delegation hatte bei ihren Untersuchungsarbeiten vor allem die allgemeine Lage des Landes und die Mittel zur Lösung dieses schwierigen Problems im Auge. Auf Grund dieser Erwägungen ist der Bericht ausgearbeitet worden.

Es werden darin die wirtschaftlichen und allgemeinen Bedingungen in ihrer Gesamtheit geprüft; die daraus gezogenen Schlüsse stellen indes nicht einen Plan dar, der eine Angliederung und Zerstückelung empfiehlt, sondern die für eine gerechte Lösung unumgänglichen Bedingungen darlegt.

Die Vertreter des J. G. B. haben festgestellt, daß das oberschlesische Problem im Wesen **eine Frage um den Besitz industriellen Gebietes** ist. Sie heben hervor, daß dieses Gebiet **eine wirtschaftliche Einheit** darstellt und nicht zerstückelt werden darf, wenn nicht seine ganze wirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung gefährdet werden soll.

Nach eingehender Prüfung der Existenzmöglichkeiten der oberschlesischen Industrie, der Bedürfnisse dieses Gebietes und der Interessen Deutschlands und Polens sind sie zur Ueberzeugung gelangt, daß mit der Zuteilung dieses Gebietes **eine wirtschaftliche Autonomie** verbunden sein muß; d. h. **die neue politische Grenze darf keine Zollschranke bilden**, der freie Austausch der Güter nicht behindert werden. Zu alledem muß bei der endgültigen Zuteilung des Gebietes gleichzeitig die Verteilung der Produkte und die Lieferung der Rohstoffe derart geregelt werden, daß sie den gerechten Bedürfnissen beider Staaten Rechnung trägt.

Diese wirtschaftliche Autonomie muß durch **eine Autonomie der Verwaltung ergänzt werden**, um die rechtliche und tatsächliche Gleichheit der Einwohner in einwandfreier Weise zu sichern und der Minderheit gegenüber etwaige Repressalien oder Unterdrückungen irgendeiner Art und unter welcher Form sie auch auftreten mögen, Garantien zu bieten.

Als wichtigste Bedingung, deren Mißachtung die Unzufriedenheit und die Konflikte nur erhöhen und vermehren könnte, verlangen sie die **Aufrechterhaltung der von den Deutschen eingeführten sozialen Gesetzgebung**, die den Arbeitern dieses Gebietes zur Zeit zugute kommt. Sie verlangen nachdrücklich den Ausbau dieser Gesetzgebung, der das sicherste Mittel darstellt, um durch die fortschreitende Solidarisierung der deutschen und polnischen Arbeiter, deren Organisationen das bindende Element sind und bleiben werden, zum Frieden zu gelangen. In diesem Zusammenhang weisen sie auf die Tatsache hin, daß **die Sozialisierung der oberschlesischen Großindustrie unumgänglich notwendig ist**, und zwar nicht nur, weil sie eine Form des Fortschritts bilden wird, sondern weil sie auch den kapitalistischen Druck ausschalten wird, unter dem ein Teil der Bevölkerung und die allgemeinen Interessen des Landes leiden könnten.

Die Delegierten des J. G. B. erklären außerdem, daß das oberschlesische Problem nur dann einer glücklichen Lösung zugeführt werden kann, wenn diese Provinz **aufhört, ein Objekt fortwährender Konflikte zwischen Polen und Deutschland zu sein**, sondern ein Element der Zusammenarbeit wird zwischen den beiden Nachbarländern.

Sie fordern schließlich die Arbeiter der beiden Nationen auf, in diesem Sinne zu handeln, um ihre Rechte, ihre Forderungen und den allgemeinen Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Die Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist also in ihrem Bericht über die oberschlesischen Verhältnisse zu den gleichen Forderungen gekommen, wie wir sie stets vertreten haben. Die dauernde Herstellung des Friedenszustandes in Oberschlesien selbst und zwischen Deutschland und Polen kann niemals im Wege der Vergewaltigung des einen oder des anderen nationalen Teiles erreicht werden, sondern nur durch die Verständigung der beiden Völker miteinander. Leider ist aber gerade für diese Voraussetzung von den Regierungen der an Oberschlesien interessierten Länder so gut wie nichts geschehen. Wenn jetzt die Entente durch ihr Diktat eine für die nächste Zukunft Oberschlesiens bestimmende Tatsache schafft, so muß endlich die oberschlesische Arbeiterschaft beider Nationalitäten gemeinsam arbeiten, um die sozialen Forderungen zu verwirklichen, **die der Gewerkschaftsbund in seinem Bericht aufstellt.**

Eine Fehlgeburt

Es hat sich etwas Merkwürdiges ereignet. Der Parteivorstand der Rechtssozialisten hat ein Parteiprogramm veröffentlicht, von dem sich jetzt herausstellt, daß es gar kein Programm ist. Schon in der Generalversammlung der rechtssozialistischen Organisation von Frankfurt a. Main hatte ein Mitglied der Programmkommission, Dr. Quark, mitgeteilt, daß man von einem fertigen Entwurf nicht reden könne. Eine Gesamtsitzung der Kommission habe gar nicht stattgefunden, sie müsse erst zusammentreten und ganze Arbeit machen. In der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts" teilt Quark weiter mit, daß in dem Programm eine Reihe wesentlicher Punkte ganz fehle. Der Abschnitt Finanzen spreche fast mehr vom Friedensvertrag als von der deutschen Steuerreform, die Schulsätze seien wunderschöne Lehrbuchdeklamationen, nur keine politisch zugespitzten Forderungen. Die fatale Unausgeglichenheit zwischen Agrarkommission und Wohnungs- und Siedlungskommission in bezug auf Bodenverstaatlichung sei offensichtlich. Quark berichtet weiter:

Wer ein wenig Organisations- und Arbeiterkenntnis hat, wußte, daß das Unfertige der Programmarbeit unsere Leute im Lande verwirren mußte. Man durfte es gar nicht dahin kommen lassen, daß sie **sich mit diesen ungereiften Programmteilen und Vorarbeiten, die der scharfen kritischen Zusammenfassung und des kräftigen Strichs entbehrten, herumschlagen mußten.** Welche Verkennung der Massenpsyche! Wer weiß und versteht denn jetzt **draußen im Lande, daß die meisten von uns Kommissionsmitgliedern die wichtige Einleitung,** auf die unsere Leute mit Recht so entscheidenden Wert legen, **vor der Veröffentlichung so wenig gekannt haben wie sie?**

Zum Schluß meint Quark, daß die Verständigung über das Programm für dieses Jahr wohl doch nicht mehr zustande komme. Bei einem Programm, das den Wiederzusammenschluß befördern und uns längere Zeit als Leitstern dienen solle, sei das wohl auch kein Schaden. Jetzt aber würden sich „die Demagogen von links" wieder einer willkommenen Beute bemächtigen und sie zur Verunreinigung der deutschen Arbeiterklasse ausnutzen. Die letzten Bemerkungen hätte sich Quark besser sparen können. Der „Vorwärts" hate bei der Veröffentlichung des Programmentwurfs mitgeteilt, daß er dem Görlitzer Parteitage der SPD. zur Beschlußfassung unterbreitet werden solle. Außerdem werde in Kürze ein Kommentar dazu der Oeffentlichkeit übergeben werden. Alle Welt mußte danach annehmen, daß nur noch unwesentliche Aenderungen an dem Programm vorgenommen werden sollten.

Wir haben es also hier mit einer Fehlgeburt zu tun. Jedoch ist anzunehmen, daß das Ereignis keinen fröhlicheren Verlauf genommen hätte, wenn von der Programmkommission der Entwurf fertiggestellt worden wäre. Mit Programmen von dieser Art schafft man keine Einigung der Arbeiterklasse, abgesehen davon, daß Programme allein es nicht tun, sondern daß die Politik einer Partei ausschlaggebend für ihren Charakter ist.

Der Eid auf die Republik

Das „Berliner Tageblatt" meldet unterm 25. Juli aus Karlsruhe:

Das hiesige Landgericht hat heute ein aufsehenerregendes Urteil gefällt. Vor kurzer Zeit wurde der Amtmann Baumann in Lörrach wegen Verweigerung des Eides auf die Republik auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers des Inneren Remmele aus dem Staatsdienst entlassen. Der Amtmann strengte hierauf einen Prozeß gegen den badischen Staat an, den er nun vor dem Landgericht gewonnen hat. **Dieses sprach nämlich in seinem Urteil aus, daß diese Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage, also in reiner Willkür erfolgt und deshalb unwirksam sei und daß Baumann sogar heute noch badischer Staatsbeamter sei und als solcher Anspruch auf volles Gehalt bis zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste habe.**

Dieser Urteilsspruch des badischen Gerichts kommt einer offenen Auflehnung gegen die Reichsverfassung gleich. Im alten kaiserlichen Deutschland hätten dieselben Richter einen solchen Beamten unter keinen Umständen seine Rechte an den Staat anerkannt, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Beamter überhaupt nicht erst die Möglichkeit gehabt hätte, den Klageweg zu beschreiten, denn die Regierung hätte ihn einfach auf und davon gejagt. Jetzt aber passiert im badischen Musterländle der unerhörte Fall, daß die Entlassung eines Beamten, der sich weigert, den Eid abzulegen, als ein „Willkürakt" hingestellt wird.

Das Vorgehen der badischen Justiz ist allerdings nicht ohne Beispiel. Auch in Preußen hat eine ganze Reihe höherer Beamten sich geweigert, den Eid auf die Verfassung abzulegen. Letzthin war erst wieder in Pommern eine kleine Revolution. Die Amtsvorsteher wurden dort durch einen Vorgesetzten direkt ermuntert, den Eid zu verweigern, und das hatte ein Disziplinarverfahren zur Folge, wobei, wir können das von vornherein sagen, nicht viel herauskommen wird.

Charakteristisch ist jedenfalls, daß die höheren Beamten, die sich weigerten, den Eid abzulegen, bisher nur zur Disposition gestellt worden sind. Sie beziehen also ihren vollen Gehalt von der Republik weiter und brauchen dafür keine Stunde Dienst zu machen. Das ist ein äußerst lohnendes Geschäft. Es läuft praktisch darauf hinaus, daß die Eidesverweigerer mit Nichtstun bestraft werden und dafür gewissermaßen als Prämie einen fetten Gehalt beziehen. Die Republik soll selbstverständlich keinen Beamten zwingen, den Eid abzulegen. Aber wer den Eid nicht ablegen, also der Republik nicht dienen will, der soll sehen, wo er bleibt. Auf keinen Fall dürfte er in einem geordneten Staatswesen fürderhin auch nur noch einen Pfennig Gehalt beziehen. Das müßte den Herren endlich einmal klar gemacht werden, gegebenenfalls durch eine entsprechende Aenderung der Gesetze.

Der Fall Frauendorfer

Der Staatssekretär von Frauendorfer hat in einem Abschiedsbrief an seinen Rechtsbeistand, Justizrat Dr. Neithardt, gebeten, sein Andenken zu reinigen. In Erfüllung dieses letzten Wunsches ersuchte Neithardt die Staatsanwaltschaft, das gegen Herrn v. Frauendorfer eingeleitete Gerichtsverfahren wiederaufzunehmen und bis zur restlosen Aufklärung durchzuführen, da er von der Makellosigkeit seines Klienten überzeugt sei. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin zugesagt, dem Ansuchen stattzugeben. Der Rechtsanwalt ersucht nun die Oeffentlichkeit, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, bis die Wahrheit festgestellt worden sei.

Ort und Stunde der Beerdigung Frauendorfers war nicht bekanntgegeben worden, jedoch hatte sich eine zahlreiche Versammlung dazu eingefunden. Es berührte eigentümlich, daß die Regierung von Kahr offiziell nicht vertreten war. Die Geistlichkeit hatte größere Toleranz geübt. Sonst lehnt sie es ab, sich an den Bestattungen von Selbstmördern zu beteiligen. In diesem Falle aber erklärte der Geistliche, daß Frauendorfer „infolge hochgradiger Arterienverkalkung und Gehirnhautverwachsungen schon seit längerer Zeit nicht mehr in vollem Besitze seiner Geisteskraft gewesen sei".

Die Lügen-Union

Die Telegraphen-Union hat schamhaft geschwiegen, als ihre Nachricht über einen bevorstehenden Linksputsch, der mit französischer Hilfe inszeniert werden soll, als Lüge gekennzeichnet wurde. Jetzt meldet sie unter der Ueberschrift „Der Polizeipräsident von Breslau bestätigt":

„Der Polizeipräsident von Breslau bestätigt die von der Telunion gebrachte Meldung über die Verhaftung des angeblichen Goldwarenhändlers Fix und dessen Aussagen über einen geplanten Linksputsch mit französischer Unterstützung."

Das sind wiederum allgemeine Redensarten. Es muß unbedingt verlangt werden, daß die Oeffentlichkeit etwas Näheres darüber erfährt, was der Polizeipräsident bestätigt hat und welche Unterlagen ihm für eine derartige Behauptung zur Verfügung stehen. Die Telegraphen-Union ist nachgerade kein Kronzeuge mehr für die objektive Weitergabe derartiger Meldungen.

Z. B. V.

Das „Berliner Tageblatt" erfährt über den Tätigkeitskreis der Hundertschaft zur besonderen Verwendung (Z. B. V.) folgendes:

„Die Hundertschaft dient in erster Linie der Erledigung wichtiger und großer Exekutivaufträge auch außerhalb Berlins. Sie hat ferner Bereitschaftsaußenkommando, wie zum Beispiel in Berlin X (Zehlendorf), wo das „Ueberfallkommando" untergebracht ist. **Außerdem tritt die Hundertschaft in Fällen von ausbrechenden örtlichen Unruhen in Tätigkeit und dient als Reserve der Berliner Polizeikräfte.** Die H. z. b. V. arbeitet gemeinsam mit den Beamten der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums (Politische Polizei) und leistet in normalen Zeiten wechselnden Polizeidienst. So tritt sie von Zeit zu Zeit als Schutzmannschaft für das Regierungsviertel und die Bannmeile in Tätigkeit. Schließlich ist die Einrichtung eines besonderen Warnedienstes für Demonstrationen getroffen. Um leicht beweglich und stets bereit zu sein, ist die Hundertschaft mit zahlreichen Kraftwagen und Motorwagen ausgestattet.

Die Feststellung, daß die Z. B. V. mit der rühmlichst bekannten Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zusammen arbeitet, ist für uns äußerst wertvoll. Schöne Seelen finden sich. Auf dem Gebiete der politischen Spitzelei leistet diese Hundertschaft sicher Hervorragendes, wenn auch nicht im Sinne der Republik. Denn man kann den Bock nicht zum Gärtner machen. Auch zur Ueberwachung des Regierungsviertels ist diese Hundertschaft ausgezeichnet geeignet, besonders, wenn ein Rechtsputsch kommt. Sie hat schon einmal ihre Tüchtigkeit erwiesen, als Kappeinrückte. Damals sollte die Hundertschaft auf Noskes Befehl gemeinsam mit der Abteilung Ia den Obersten Bauer und den Hauptmann Pabst verhaften. Statt dessen warnte sie die Hochverräter, ließ sie nach Döberitz entwischen und meldete dann, die Gesuchten seien unauffindbar. Und als Ehrhardt schließlich von Döberitz aus den Vormarsch antrat, hatte die Hundertschaft wiederum einen besonderen Auftrag. Sie sollte den Vormarsch beobachten und der Regierung Nachrichten zukommen lassen. Ergebnis: Die Offiziere der Z. B. V. verbrüderten sich mit den Ehrhardtoffizieren und zogen mit Sang und Klang nach dem Regierungsviertel, um es vor republikanischen Angriffen zu sichern.

Eine feine Gesellschaft. Darf man schließlich noch fragen, ob es den Tatsachen entspricht, daß am letzten Sonnabend ein Landgerichtsrat beim Untersuchungsrichter des Landgerichts III erschien und im Auftrage des Hauptmanns Stennes bat, das gegen die Hundertschaft schwebende Verfahren einzustellen? Dem Bittsucher soll eine gehörige Abfuhr zuteil geworden sein. Wir möchten gerne wissen, ob diese Behauptung den Tatsachen entspricht, um gegebenenfalls mit weiterem Material aufwarten zu können.

Die Kämpfe in Marokko

DA. **Madrid, 26. Juli.**

Wie die letzten Veröffentlichungen des spanischen Kriegsministeriums erkennen lassen, haben sich die jüngsten Kämpfe in der spanischen Zone Marokkos als Folge eines in diesem Monat ausgebrochenen Aufstandes der in spanischen Diensten stehenden Eingeborenentruppen entwickelt. Der Ministerrat beschloß die Entsendung mehrerer Kriegsschiffe nach Marokko. An die Stelle des Generals Fernandez Sylvestre, der in Erkenntnis der Schwere seiner Niederlage mitsamt seinem ganzen Stabe in den Tod gegangen ist, ist General Navarre getreten, der seine Truppen bis Batoin zurückgenommen hat.

Nach dem Bericht eines spanischen Stabskapitäns, der der Einschließung durch die Aufständischen hatte entgehen können, hatte General Sylvestre der Revolte der eingeborenen Soldaten zunächst keine große Bedeutung beigelegt. Die Insurgenten, die übrigens mit vorzüglicher Bewaffnung, selbst mit Geschützen, versehen waren, waren jedoch zahlenmäßig so überlegen, daß der General, nachdem er zuvor alles nicht mitschleppbare Kriegsmaterial hatte vernichten lassen, den Rückzug auf Annual antreten ließ. Dieser gestaltete sich äußerst blutig, um so mehr, als die funkentelegraphisch von Ceuta und Tetuan herbeiberorderten Verstärkungen zu spät eintrafen.

Bayern schweigt sich aus. In der Angelegenheit der Ausweisung des russischen Volkskommissars Krizinski ist, wie die P. P. N. hören, eine Stellungnahme der bayerischen Regierung auf die Anfrage der Reichsregierung bis heute noch nicht erfolgt. Dieses Schweigen ist sehr vielsagend und keineswegs geeignet, den bayerischen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu stärken.

Keine Auslieferung Jungs aus Holland. Einer Meldung aus Breda zufolge hat die holländische Regierung beschlossen, Franz Jung, einen der Führer der Deutschen Kommunistischen Arbeiterpartei, der der Teilnahme an einer Meuterei und Freiheitsberaubung beschuldigt wird, nicht auszuliefern.

Blutige Unruhen in Lodz. Die Lodzer Streikenden haben trotz des Verbots aller Straßenumzüge und Versammlungen eine Straßendemonstration veranstaltet, die einen blutigen Verlauf nahm. Um das Eingreifen der Polizei zu verhindern, wurde sie nach amerikanischem Muster veranstaltet, indem die Demonstranten auf den Bürgersteigen der Hauptstraßen in dichten Massen einhergingen und die Passanten verdrängten. Nachdem die Polizei schließlich zur Säuberung der Straßen geschritten war, kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei etwa 20 Demonstranten und ein Polizeibeamter verwundet wurden.

Die Einfuhr Frankreichs im ersten Halbjahr 1921 hat einen Wert von 10 407 438 000 Franken erreicht, im gleichen Zeitraum des Vorjahres belief sich auf 26 191 702 000 Franken. Der Rückgang ist in der Hauptsache auf eine Einschränkung des Bedarfs für die Industrie zurückzuführen. Die Ausfuhr betrug 10 799 855 000 Franken gegen 12 256 233 000 Franken.

Der Schandfleck der Republik

Kahrbayern — eine moderne Folterkammer

Der Schauspieler Franz Falk Rehfeld richtet in der „Dresdener Unabhängigen Volkszeitung" einen Offenen Brief an den Münchener Polizeipräsidenten, in dem ein geradezu schmachvolles Bild über die Zustände in den modernen Folterkammern Bayerns entrollt wird. Rehfeld war zwecks Engagements nach München gereist. Da er keinen Paß hatte — Bayern wahrt bekanntlich seine „Eigenart" gegenüber dem übrigen Deutschland auch dadurch, daß es sich durch Paßquängeleien abschließt —, wurde er wegen „Paßvergehens" zu vier Tagen Haft verknackt. Rehfeld ist geborener Berliner, aber russischer Staatsangehöriger. Obwohl er seine Papiere vollständig in Ordnung vorzeigte, wurde er in Schutzhaft genommen und zunächst nach der Krankenabteilung der Strafanstalt Stadelheim (er ist lungenkrank) und dann auf seine Beschwerde hin nach 14 Tagen gefesselt nach dem Internierungslager Fort Prinz Karl zu Ingolstadt gebracht.

Im Internierungslager befanden sich 80 Ausländer, zum Teil schon neun Monate und länger. **Das Essen spottet nach Rehfelds Angaben jeder Beschreibung:** wäßrige Gemüsesuppen ohne den geringsten Fettzusatz und völlig geschmacklos zubereitet, täglich 200 Gramm Brot, Fleisch so gut wie gar nicht. Rehfeld erhielt innerhalb vier Wochen 50 Gramm. Ueber die Folgen derartiger Ernährung und andere skandalöse Zustände lesen wir in dem Offenen Briefe:

„In welchem Zustande sich die Internierten befinden, besonders diejenigen, die längere Zeit dort sind, läßt sich gar nicht beschreiben. **Die meisten sind derartig unterernährt, daß sie völlig kraftlos sind.** Auch werden die Internierten zur Arbeit gezwungen, und zwar vor- und nachmittags je zwei Stunden. Viele waren so schlapp, daß sie die verlangte Arbeit, die aus Holzsägen, Wasserpumpen u. a. bestand, nicht leisten konnten. Alle Beschwerden beim Kommandanten über das Essen waren zwecklos. Der mich im Lager behandelnde Arzt, Herr Dr. Lutz aus Kösching, gab mir auf mein Ersuchen, wegen meiner Lungentuberkulose etwas Milch und Krankenkost zu verschreiben, folgende klassische Antwort: **„Ich kann es vom ärztlichen Standpunkte aus nur befürworten, daß Sie eine bessere Ernährung erhalten, aber technisch ist es leider nicht möglich!"** Denselben oder ähnlichen Bescheid erhielten auch andere Kranke. Viele der Internierten, die in guter Kleidung ins Lager kamen, wurden durch unerträglichen Hunger gezwungen, ihre Kleidung und Wertsachen zu Spottpreisen zu verkaufen, und besonders die Polizeibeamten des Lagers waren gern Abnehmer dafür. So wurde u. a. **ein guter Sportanzug für 25 M. und ein Brot verkauft, nur um den Hunger zu stillen.** Sehr viele sind gut gekleidet und genährt ins Lager gekommen und verließen dasselbe, körperlich, seelisch und auch äußerlich zugrunde gerichtet; **drei der Internierten begingen vor Hunger Selbstmordversuche, zwei erhängten sich und einer schnitt sich die Pulsader auf.** Es wurde jedoch glücklicherweise rechtzeitig entdeckt. Die Unglücklichen wurden zur Strafe in Arrest gesteckt. Zwei Internierte machten am 12. Juli einen Fluchtversuch. **Die beiden wurden** jedoch abgefaßt und mit Gummiknüppeln unglaublich geschlagen. **Dann steckte man sie in Arrest und sie bekamen zwei Tage nichts zu essen.** So geschehen im „Kulturstaat" Bayern im Juli 1921. Den Lesern diene zur Aufklärung, daß jeder Beamte des Lagers mit einem Seitengewehr, einem Karabiner, einer Browningpistole und einem Gummiknüppel bewaffnet ist, als ob es sich nicht um Zivilinternierte, sondern um schwerste Verbrecher handelte."

Als infolge großer Schwüle die Internierten eines Abends 10 Minuten länger als erlaubt das Fenster offengelassen hatten und der Aufforderung des wachthabenden Postens zum Schließen nicht gleich nachkamen, schoß dieser scharf. Am andern Morgen wurden die Internierten auf zwei Tage wegen Gehorsamsverweigerung eingesperrt. Ohne jedes Verschulden war Rehfeld zwei Monate lang interniert. Endlich hatte man herausgefunden, daß sich seine Festhaltung nicht rechtfertigen lasse. Er kam wieder auf freien Fuß, mußte aber die Kosten des Abschubs über die Grenze für den ihn begleitenden Beamten sowohl wie für sich selbst bezahlen, obwohl er kaum zu leben hatte.

So geht es in Bayern zu. Und diese „bayerische Eigenart" soll mit allen Mitteln gewahrt werden. So will es Kahr, so will es Pöhner, so wollen es alle Reaktionäre in Bayern und über Bayern hinaus. Bayern ist seit geraumer Zeit das Land der Schmach. Die Deutschnationalen erregen sich täglich über schmachvolle Behandlung, die Deutsche in den besetzten Gebieten von den Alliierten erfahren. Aber die schmachvolle Behandlung Deutscher im deutschen Bayern wird nicht nur nicht von ihnen bekämpft, sondern als der Ausfluß höchster Staatsverwaltungskunst und peinlichster Gerechtigkeit gefeiert.

Zwei Irrtümer

Es scheinen merkwürdige Leute zu sein, die in der Redaktion der „Roten Fahne" ihr Wesen treiben. Daß sie ihr journalistisches Handwerk unter Innehaltung der Moskauer Bedingungen betreiben, also mit List, Fälschung und unter Verschweigungen der wahren Tatsachen, mag man noch verstehen. Daß sie sich dabei aber so dumm anstellen und daß die Arbeiterleser des Blattes nicht merken, wie sie beschwindelt werden, ist schon schwerer verständlich. Aus der gestrigen Abendausgabe der „Roten Fahne" zwei Beispiele.

1. Das Blatt gibt den Bericht des Zentralnachweisamtes von Spandau über die Kriegsverluste 1914 — 18 wieder und bemerkt dazu: „Arbeiter, die **Sozialdemokraten beider Richtungen,** die jetzt unter der Parole „Nie wieder Krieg" demonstrieren, **habe.. dem Völkermorden ihre Zustimmung gegeben** und bis zum letzten Tag die Arbeiterklasse zu hindern gesucht, dem Schlachten ein Ende zu machen." Das ist der eine Irrtum. Das Blatt hat nicht an die kommunistischen Führer gedacht, die sich während des Krieges begeistert und freiwillig in den „Dienst des Vaterlandes" gestellt und sich erst sehr spät auf die kommunistische Seite geschlagen haben. Die „Rote Fahne" hat sicher auch die drei Artikel vergessen, die der jetzige Vorsitzende der VKPD., Herr Walter Stoecker, während des Krieges an die „Rheinische Zeitung" in Köln geschrieben hat. Wir wollen zur Auffrischung der kommunistischen Gedächtnisse die folgende Stellen daraus wiedergeben:

„Wir kommen uns offen gestanden als Kriegsberichterstatter eigenartig vor. Wer von uns hätte gedacht, daß wir so bald in solch ernstem und bitterem, **wenn auch interessantem Dienste** für die Presse tätig sein würden. Wie oft haben wir in Wort und Schrift gegen den Wahnsinn eines Krieges gekämpft. Doch jetzt? **Klagen und nach Schuld suchen hat jetzt keinen Zweck. Nüchtern heißt es mit der Tatsache des Krieges zu rechnen** und zu helfen, wo zu helfen ist: jeder auf seine Art . . . . . Es ist ja wahr: **was bedeutet denn ein Menschenleben in einem Kriege, in dem vielleicht Hunderttausende fallen!** C'est la guerre! Das ist der Krieg!"

Als ein rheinischer Genosse Herrn Stoecker Vorwürfe machte, daß er als Sozialist solches Zeug schreibe, erwiderte er ihm: „Lese noch mal, **du findest kein Wort, das unseren sozialistischen Ansichten widerspräche."** Die „Rote Fahne" hat also offenbar „die Sozialdemokraten beider Richtungen" mit ihrem Parteivorsitzenden verwechselt.

2. Montag morgen berichtete die „Rote Fahne", daß bei den Wahlen der Metallarbeiter in Stettin die kommunistische Liste gesiegt habe. In Wirklichkeit haben ihre Freunde dort eine blamable Niederlage erlitten, ihre Richtung blieb mit 726 Stimmen in der Minderheit gegen 1484 Stimmen der Amsterdamer Liste. Am Abend desselben Tages teilt das Blatt aus Dresden mit, daß die dortigen Unabhängigen gegen die Verbandsverwaltung gestimmt und **„den Sieg der kommunistischen Liste entschieden"** hätten. Das ist der andere Irrtum. Wohl hatten die Unabhängigen mit den Kommunisten eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt und mit ihr die Mehrheit erzielt. Vorher aber mußten die Kommunisten **eine gemeinsame Erklärung unterschreiben,** erstens in gleicher Weise wie der Beirat des Metallarbeiterverbandes **gegen die Diktatur einer politischen Partei** in den deutschen Gewerkschaften aufzutreten, zweitens unbedingt einzutreten **für die Demokratie in den Gewerkschaften** und für das weitestgehende Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, drittens die Frage Moskau oder Amsterdam **unter keinen Umständen zu einer Spaltung der Opposition** am Ort, geschweige denn zu einer Spaltung der Gewerkschaften Deutschlands werden zu lassen. Die Dresdener Kommunisten bekannten sich damit **zu der Richtung Levi,** und es wurden **12 Unabhängige und 7 Leviten gewählt.** So steht also in Wahrheit der „Sieg der kommunistischen Liste" in Dresden aus.

Die Zentrale der VKPD. wird schleunigst in der Redaktion der „Roten Fahne" eine periodische Reinigung vornehmen und Leute hineinsetzen müssen, die das Schwindelhandwerk besser verstehen.

Eine deutschnationale Lügenfabrik

Die rechtsstehende Presse hat sich wiederholt darin hervorgetan, sogenannte „Kampfpläne" der Linksparteien zu veröffentlichen. Dieses Treiben war besonders schlimm in der Zeit, als die Reichswehr herabgesetzt, die Einwohnerwehren und die Freikorps aufgelöst werden sollten. Sobald eine neue Note der Entente kam oder ein Auflösungstermin heranrückte, kam die Rechtspresse mit Veröffentlichungen über „drohende Putsche". Die Dokumente, die sie dabei veröffentlichte, erwiesen sich regelmäßig als gefälscht; selbst die verschiedensten Regierungen, die uns nach dem 9. November beschert wurden, waren gezwungen, die Veröffentlichungen der Rechtspresse als Phantasiegebilde zu bezeichnen.

Derartige Nachrichten verfolgten aber einen ganz bestimmten Zweck. Sie sollten die deutsche Oeffentlichkeit mobil machen und die Entente davon abhalten, auf die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages zu bestehen. Deshalb wurde das Schreckgespenst Bolschewismus in allen Farben an die Wand gemalt und dabei das Mittel der bewußten Täuschung nicht verabscheut. Wir erinnern nur, um ein besonders krasses Beispiel zu erwähnen, an das im Sommer veröffentlichte angebliche Geheimabkommen, das zwischen unabhängigen Führern und dem früheren russischen Botschafter Joffe in Memel abgeschlossen worden sein soll. Wir haben damals wiederholt die „Deutsche Tageszeitung" der groben Fälschung bezichtigt. Das Blatt drohte uns darauf mit einer Klage, die leider nicht zustande kam. Wir hätten sonst mit Freuden die Gelegenheit wahrgenommen, vor Gericht den Nachweis zu führen, daß gerade die „Deutsche Tageszeitung" mit Spitzeln in direkter Verbindung stand und sich von diesen Falschnachrichten übermitteln ließ, die sie dann als „authentisches Material" gegen die Linksparteien verwertete. Kein Geringerer als der frühere Kriegsberichterstatter und jetzige Redakteur Wilhelm Scheuermann war es, der den Spitzeln Anweisungen gab, der ihre Besoldung besorgte und das eingegangene Material verwertete.

Der „Roten Fahne" ist es jetzt gelungen, in den Besitz eines umfangreichen Aktenmaterials zu kommen, das auf die Spitzel- und Provokationswirtschaft der Rechtsparteien ein grelles Schlaglicht wirft. Die Spitzel arbeiteten nicht nur für die „Deutsche Tageszeitung" und für die Deutschnationale Partei, sie fanden bei ihrem verbrecherischen Treiben auch die Unterstützung der Behörden, insbesondere der Polizei und der Reichswehr. Das Haupt der für die Rechtsparteien arbeitenden Nachrichtenorganisationen war bis vor kurzer Zeit ein Deutsch-Balte, der Baron Hoyningen-Huene. Von den Originalschriftstücken, die die „Rote Fahne" veröffentlicht, sind die nachfolgenden von besonderer Bedeutung:

Meldung vom 1. 7. 20. Hagen i. W.

Ist es nicht sehr angebracht, wenn Provokateure möglichst viel und an verschiedenen Orten als Arbeiter die Arbeitermassen aufhetzen würden, damit der doch unvermeidliche Putsch von links vordem zur Tatsache wird, als bis die Rote Armee Mitteldeutschlands organisiert ist und den KPD.- und USPD.-Führern nicht mehr gehorcht?

Denn eine Bande ist leichter zu überrumpeln für uns, als eine „Linke" organisierte Arbeitermacht. Bei einem mißlungenen radikalen Putsch verliert die KPD. und USPD. auch viele Mitglieder und Stimmen, und die beiden Rechtsparteien gewinnen welche aus den Mittelparteien und womöglich von der SPD.

gez. v. Hoyningen-Huene.

2. Meldung vom 24. 5. 1920. Barmen.

Der Referent der KPD., Dr. Paul Levy, Berlin, hält hier im Ruhr- und Industriegebiet täglich mindestens 2 Versammlungen ab, immer in den verschiedensten Städten. Er hetzt direkt die Arbeiterschaft zum Kampf auf. **Der Mann müßte unbedingt unschädlich gemacht werden, bevor er die Arbeiterschaft in Deutschland ganz vergiftet hat.**

gez. v. Hoyningen-Huene.

3. Meldung aus den Kämpfen um Wanne.

. . . Also Wanne muß unbedingt von Süden her angegriffen werden von der Reichswehr. Ich melde, wenn der Transport da ist (in Wanne) es dem Wehrkreiskommando 6 oder einer anderen sicheren Stelle. (!) **Die Reichswehr darf aber die Häftlinge nicht nur festnehmen, sondern muß sie dann beseitigen**

gez. v. Hoyningen-Huene.

Die Leser werden sich daran erinnern, daß besonders nach dem Kapp-Putsch die Rechtspresse angefüllt war mit Nachrichten über einen drohenden Aufstand im Ruhrgebiet. Die vorstehenden Dokumente beweisen nunmehr, wie diese Nachrichten zustande gekommen sind. Es waren glatte Fälschungen, die den Zweck verfolgten, die Reichswehr auf das Ruhrgebiet zu hetzen und ein Blutbad unter den Arbeitern anzurichten, was sich ja auch prompt erfüllt hat. Der Kriegsberichterstatter und Redakteur Wilhelm Scheuermann wird durch folgendes Telegramm bloßgestellt:

Telegramm aus Berlin 9, 28. 9. 20. 5.24 nm.	An von Hoyningen-Huene, Hamm, Langestr. 59.

Bitte sofortige Einstellung Weiterarbeit eingeschriebene Aufstellung über Gesamtaufwand, möglichst Quittungen belegt und Einsendung Schlußabrechnung. Bin etwa 6. wieder Berlin. Scheuermann.

Es ist auch erwiesen, daß Scheuermann dem Spitzel Hoyningen-Huene wiederholt größere Geldbeträge zukommen ließ. Daß sich derartige Organisationen in Deutschland breit machen konnten und heute noch breit machen, gereicht der Republik nicht zur Ehre. Die Arbeiter ersehen daraus aber auch, daß die Rechtsparteien kein Mittel scheuen, um die ihnen verloren gegangene Macht wieder zu gewinnen. Mancher unschuldige Arbeiter ist durch diese Verbrechergesellschaft eingesperrt oder, wenn es zu Kämpfen kam, um die Ecke gebracht worden. Darüber hinaus wurde die öffentliche Meinung durch die deutschnationale Lügenfabrik geradezu vergiftet und in dieser übelriechenden Luft gedieh am besten der Weizen der Reaktion.

Italien und Moskau

Genosse Alessandri schreibt im „Populaire":

„Endlich besitzen wir den Text der Verfügung: die italienische sozialistische Partei ist endgültig aus der Dritten ausgeschlossen worden und wird nur wieder zugelassen werden, wenn sie die Reformisten und die Zentristen ausgestoßen hat. Das heißt, wenn sie sich selbst ausgestoßen hat, da gemäß der in Moskau herrschenden Auffassung nach Livorno und der Abspaltung der „Reinen" in unserer Partei nur noch Reformisten wie Turati und Zentristen wie Serati vorhanden sind. Die Männer von Turkestan setzen ihren Humor fort, ohne es zu wissen.

Es versteht sich, daß unsere „Reinen" vor Freude überschäumen. Nun haben sie etwas. Sie haben ihr Ziel erreicht: sie haben von Moskau den feierlichen Ukas gegen die sozialistische Partei Italiens erlangt. Das ist alles, was ihnen gelungen ist, seitdem sie uns verlassen haben, um eine „revolutionäre" Partei zu bilden. Seit Januar bis heute hat es ihnen nicht an Zeit gemangelt, etwas Gutes zu tun und uns ein Beispiel eines revolutionären Schlages zu geben. Aber sie haben vorgezogen, ihre Zeit der weniger gefährlichen Tätigkeit zu widmen, die darin bestand, die Sozialisten der Partei und die Zeitungen und die einzelnen Männer zu beschimpfen. Aber was die Verwirklichung des kommunistischen Programms angeht, da hapert es. Der entscheidende Akt ist auf den Tag verschoben, da wir Sozialisten — Verräter — nicht mehr von dieser Welt sein werden. Denn man weiß: wenn die Kommunisten die Revolution nicht machen, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die sozialistische Partei dies nicht will.

Auf der anderen Seite muß gesagt werden, daß, während die „Reinen" sich in Freude wiegen, die Sozialisten durchaus nicht verzweifelt sind. Man erwartet die Rückkehr der Genossen Lazzari, Maffi, Rigoldi, um von ihnen einen genaueren und getreueren Bericht zu erhalten, als es der von der russischen Regierung herausgegebene ist. Und wenn man in den Besitz aller Elemente der Frage gelangt ist, wird man die Entscheidung treffen und wie in der Vergangenheit fortfahren, für den Sozialismus zu arbeiten. Mit oder ohne die Segnung Moskaus. Wir italienischen Sozialisten haben zuviel Schmerzen, um Zeit verlieren zu können mit den byzantinischen Diskussionen Moskaus."

Der künftige Reichsrat

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen solle, doch darf kein Land mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen haben. Die Ueberschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Aenderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichsrat ergeben:

Preußen	26	Stimmen
Bayern	10	„
Sachsen	7	„
Württemberg	4	„
Baden	3	„
Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen	6	„
Ferner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme . . .	10	„
Summa	66	Stimmen

Dieser Gesetzentwurf beansprucht eine Aenderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Die deutschen Kriegsverluste

Zwei Millionen Tote und Vermißte

Vom Zentralnachweisamt in Spandau werden über die Kriegsverluste 1914/18 folgende, leider immer noch unvollständige, Angaben gemacht:

Nach den amtlichen Verlustlisten beliefen sich bis zum 31. Dezember 1920 die Verluste des deutschen Landheeres auf:

Kontingente	Tote	Verwundungen
Preußen	1 397 326	3 281 873
Bayern	168 718	434 035
Sachsen	123 708	307 606
Württemberg	74 227	191 065
	1 763 979	4 214 579
dazu die Verluste der Marine mit	34 256	31 085
und der Schutztruppen mit	1 133	1 210
also insgesamt	1 792 368	4 246 874

Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verluste noch nicht abgeschlossen ist.

Die Zahl der Verwundeten ist in Wirklichkeit geringer, da auf einen Teil von ihnen mehrere Verwundungen fallen.

Die Zahl der Vermißten wird augenblicklich auf ungefähr 200 000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden können.

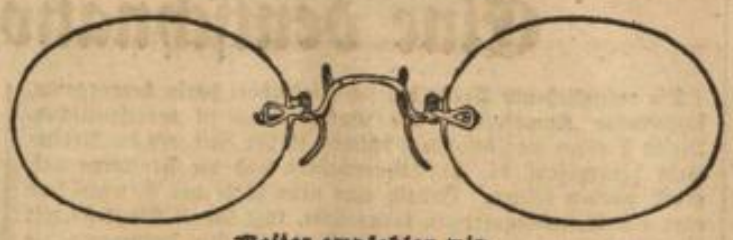
Forderung einer einmaligen Teuerungszulage für die Beamten. Der bayerische Verkehrsbeamtenverein hat beim deutschen Beamtenbund den Antrag gestellt, er soll bei der Reichsregierung die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage für die Beamten im Betrage von mindestens 2000 Mark, ferner Erhöhung des fortlaufenden Teuerungszuschlages auf mindestens 120 Prozent und des Teuerungszuschlags auf den Kinderzuschlag auf 200 Prozent beantragen. Den Beamten soll dadurch ermöglicht werden, sich vor der nach den neuen Steuermaßnahmen zu erwartenden Teuerung mit Vorräten für den Winter zu versehen. — Dieses Verlangen der Beamten ist die notwendige und berechtigte Folge der durch die Regierungsmaßnahmen ständig steigenden Teuerung.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.–, in Apotheken u. Drogerien erhältlich.

C
Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, nahe Alschinger
S
Kottbuser Damm 10 nahe Warenhaus Jandorf
W
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
Linkstraße 1, Ecke Potsdamer Straße
N
Schönhauser Allee 81 am Bhf. Nordring
Friedrichstr. 106, Ecke Ziegelstraße
Invalidenstr. 164, Ecke Brunnenstraße
Invalidenstr. 117, am Stettiner Bhf.
Chausseestr. 72, nahe Müllerstraße
O
Frankfurter Allee 14, nahe Tilsit

Dieser Kneifer aus Gold-Doublé

Alle ärztl. Gläser-Verordnungen werden schnell und sorgfältig ausgeführt



nur Mark 10.50
mit Gläsern 18.50
mit Menisken 29.50
dazu ein Jahr Garantie für die Fassung

Weiter empfehlen wir:

Die folgenden Preise verstehen sich ohne Gläser

Kneifer ohne Randfassung, Gold-Doublé	Kneifer mit Randfassung, Gold-Doublé	Brillen mit u. ohne Randfassung, Gold-Doublé
ein Jahr Ruhnke-Garantie 10.50, 18.–	ein Jahr Ruhnke-Garantie 18.–, 24.–, 28.–	ein Jahr Ruhnke-Garantie 35.–, 38.–
zwei Jahre Ruhnke-Garantie 28.–, 35.–	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 30.–, 34.–, 38.–	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 45.–, 48.–
drei Jahre Ruhnke-Garantie 48.–, 55.–, 86.–	drei Jahre Ruhnke-Garantie 44.–, 48.–, 66.–, 78.–	drei Jahre Ruhnke-Garantie 55.–, 65.–, 75.–

Auf alle 14 karätigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke Garantie / Hornbrillen von 38.— an, Moderne Lorgnetten, Silber, von 95.— an, Gold-Doublé von 72.— an.
Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Rathenower Schleifart 8.—, Punktorit-Menisken 19.—, dieselben aus unserem guten Sanoskop-Glas 32.—.

Für die Reise und den Sport:

Prismen-Feldstecher „Televist" eigenes, erstklassiges Fabrikat 6× Vergrößerung **850.–** 8× Vergrößerung **850.–** 12× Vergrößerung **1050.–**

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

30 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf; Fabriken in Rathenow-Neue Schleuse und Berlin.

NW
Friedrichstraße 150 Ecke Dorotheenstraße
SW
Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf
SO
Oranienstraße 44, zwischen Moritz- und Oranienplatz
Spandau:
Breite Straße 18, nahe Markt
Charlottenburg:
Tauentzienstraße 15, Ecke Marburger Straße
Joachimsthaler Str. 2 nahe Bhf. Zoo
Neukölln:
Bergstraße 4, Ecke Fleischerstraße
Friedenau:
Rheinstraße 18, Ecke Kirchstraße
Schöneberg:
Hauptstraße 21, Ecke Akazienstraße
Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-33 nahe Uhlandstraße

Theater und Vergnügungen

Volksbühne Sommerdirektion
7½ Uhr: **Der Kaiserjäger**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt

Großes Schauspielhaus Karlstraße
8 Uhr: Die Weber (Außer Abonnement)

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:**
Gastspiel Tyl-Bühne Innsbruck:
Nur noch 5 Vorstellungen:
7.30 Uhr: Das Gnadenbild Denn.: Glaube und Heimat Freitag: Der Wissenswurm Sonnabend.: Die Kreuzelschreiber Sonntag: Der Weibsteufel

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Ida Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogge.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in 1910 — Ab dafür

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Wallner-Theater Wallnertheaterstraße 35
7½ Uhr: Zigeunerliebe

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs (Konstantin, Gdy)

Deutsch. Künstl.-Theater
7½: Der Herr Verteidiger
(Hell, Gebühr, Kaiser-Tilly)

Komische Oper
7½ Die Oper 7½
Alt-Heidelberg

Rose-Theater
7½ Uhr:
Mein Leopold

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
:: Varieté ::
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Metropol
Behrenstraße 64.
7½ Uhr:
Persönliches Auftreten:
Johannes Riemann und Dora Schlüter in
Cocain (Sektkübel)
und 9 weitere Attraktionen

Theater a. Kottbuser Tor
Elite-Sänger.
Bis 31. Juli
Täglich 7½ Uhr
Gastspiel d. Original-
Leipziger Fritz-Weber-Sänger.
Ab 1. August Wiederauftreten der Elite-Sänger

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108/114
Mittwoch, den 27. Juli
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
IV. Gr. Erntefest
Grosser Erste-Umzug
Kindertheater :: Kinderspiele und Kinderbelustigungen aller Art, wie Topfschlagen, Sackhüpfen, Wettlaufen, Kinder-Fackelzug
Um 6 Uhr: Aufsteigen des Luftballons „Neue Welt"
Anfang 4 Uhr Einlaß 3 Uhr
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet
Vorangeiger:
Donnerstag, den 28. Juli
Gr. Kunst- u. Frontenfeuerwerk

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Eingang s. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 106 21

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft-, Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. m., hierüber umsonst. Heilerf. besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Delikatess- und Kolonialwarengeschäft
beste Lage, Norden, Schlaf-gelegenheit, billig zu verkaufen wegen Auswanderung.
Robir, Swinemünder Str. 38.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!
Wegen Renovierung meiner Geschäftsräume
Extra billige Preise

Reinwollene Trikot-Sportjacken mit Chales in vielen Farben 132.–, Kunstseide 140.–, Baumwolle 40.–
Impr. Regenmäntel 165.–
Impr. Seidenmäntel 240.–, 355.–
Gummimäntel für Damen 297.–
Gummimäntel für Herren 350.–
Reinwollene Tuchcapes 496.–
Reinwollene Tuchmäntel 315.–
Kostüme, während der Renovierung 125, 215, 340, 450.–
Stoffröcke 44, 66.–
Seidenröcke 109, 185.–

Während der Renovierungszeit

Astrachanmäntel, 130 lang 285.–, Plüschmäntel 570.–, Sealplüschmäntel, Ia Qualität, auf Blumenseide 2150.–, Pelzmäntel, wunderbare Ausführungen 2400.–, 2800.–, 3500.–
Ia Ulster, beste Qualitäten 495.–

Westmann
I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Wissen ist Macht

Wer sich über alle Fragen sachgemäß informieren will, der kommt nicht mit der Tageszeitung aus und auch diese steht den meisten nicht immer zur Verfügung.

Der muß **Bücher, Broschüren** und **Zeitschriften** zu Hilfe nehmen.

Diese kauft man in Berlin am besten
in der
Buchhandlung „Freiheit"
BERLIN, Breite Straße 8-9
Geöffnet bis 6 Uhr abends

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! **Gürtler** Achtung!

Donnerstag, den 28. Juli 1921, nachm. 5 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstraße 33

Außerordentl. Branchenversammlung
der Gürtler, Kronenschlosser und Kronenklempner.

Tagesordnung:
1. Wahl eines neuen Branchenleiters.
2. Ersatzwahl zur Branchenkommission.
3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 28. Juli 1921, nachm. 4½ Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Straße 45a, Ecke Prinzenstr.

Vollversammlung
der Gold- und Silberarbeiter.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen F. Kitter über: „Pflichten und Rechte der Betriebsräte".
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die arbeitslosen Kollegen treffen sich ½ Stunde früher.

Donnerstag, den 28. Juli 1921, nachm. 4 Uhr, in der Schulaula des Schiller-Lyzeums, Pankstraße 14, Ecke Böttgerstraße

Branchen-Versammlung
aller in der Geldschrank-Industrie beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:
1. Stellung zur Tarifkündigung.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Am Donnerstag, den 28. Juli, nachmittags 4 Uhr pünktlich in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Branchen-Versammlung
der Zigarettenmaschinisten und Betriebshandwerker

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum jetzigen Stadium der Aussperrung unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte:
   Erstens: Beschlußfassung über den in Abwesenheit der Zigarettenindustriellen gefaßten Schiedsspruch vom 22. Juli.
   Zweitens: Beleuchtung des Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen Behörden und Unternehmertum.
2. Die Stellung des Tabakarbeiterverbandes zu unserm Streik.
3. Betriebsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung

Zeitungs-Austrägerinnen
stellt sofort ein
„Freiheit"-Ausgabestelle
Steinmetzstraße 23

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Karl Moldenhauer
Moabit, Waldstraße 44, am 23. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 28. Juli, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof. Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Schlafzimmer
eichenes, echter Marmor, Auflege-Matratzen, 3850.—, weiches 7900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Scheiben, 3650.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 3750.—, Küchen 500.—, Kindergarnituren 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig.
Hans Lennert
Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8—9.

„ZNAMIA" „STANDARTE"

Zeitschrift für Literatur, Politik und Kunst / Herausgegeben von Alexander Schreider, in deutscher u. russ. Sprache

Soeben erschien die erste deutsche Nummer

Inhalt: 1. Unsere Aufgaben. 2. A. Block, Skythen. Aus dem Russischen übertragen von B. Schiratzki. 3. A. Puschkin, Der Prophet. Aus dem Russischen übertragen von Wolfgang E. Groeger. 4. R. v. Walter, Der Totengräber (Fragment). 5. Andrej Bjelyj, Der Lehrer der Erkenntnis. 6. Iwanow-Rasumnik, Der Skythe der vierziger Jahre. 7. E. Lundberg, Ueber die Unvollkommenheit der Form. 8. Reinhold von Walter, Der letzte Mensch. 9. Alexander Schreider, Vom Schaffen und von der Ehrfurcht. 10. Hans Knudsen, Der Expressionismus auf dem deutschen Theater. 11. Ernst Pingoud, Der Kampf gegen den Nationalismus in der Musik. 12. B. Schiratzki, Revue der Revuen. 13. Ziele und Aufgaben. 14. Das Sowjetsystem als neue Form der Organisation des sozialistischen Staates (Thesen). 15. W. M. Lewin, Zahlen. 16. Die Internationale — Die Wiener Konferenz. 17. Von dem Parteileben. a) Der Wiederaufbau der Partei; b) Deklaration der Partei der linken Sozial-Revolutionäre; c) An die Werktätigen Westeuropas; d) Thesen zur III. Internationale; e) Repressalien. 18. Nachrichten aus Moskau: a) Nach dem Kronstädter Aufstand; b) Die Wahlen zum Moskauer Sowjet; c) Die Order. 19. Neue Bücher. 20. Der Redaktion eingesandte Bücher.

Preis: In Deutschland 10 Mk. Tschechoslowakien 12 K. Italien 8 L. Frankreich 5 Frcs. Schweiz 2½ Frcs. England 2½ Sh. Vereinigte Staaten von Amerika ½ Sh.

Adresse der Redaktion: Berlin W 30, Eisenacher Straße 101

Botenfrauen
sucht
Spedition Schäfer, Gneisenaustr. 23

Botenfrauen
sucht
Spedition Werner, Greifswalder Str. 23

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin N 6, Potsdamer Strasse 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 8, Sonntags 10 bis 11
Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2.— diskret verschlossen. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden ernst genommen

Groß-Berlin

Wohnungsnot in den Ostseebädern

Durch die bürgerlichen Blätter geht eine Fülle von Nachrichten aus den Ostseebädern, daß dort eine große Wohnungsnot eingetreten ist. Die bürgerliche Presse kommentiert diese Nachrichten ganz verschieden. Es wäre ein Wunder, wenn sich die nationalistischen Organe die Gelegenheit entgehen ließen, um in einer, großenteils antisemitischen, Ausländerhetze zu machen. Nun ist es ja nicht unsere Sache, die ausländischen Kapitalisten, die sich einen längeren kostspieligen Seeaufenthalt leisten können, gegen die deutschen Nationalisten in Schutz zu nehmen. Immerhin sei an einem Beispiel angeführt, in welch stumpfsinniger Weise z. B. der „Lokal-Anzeiger“, dieses ausgemachte politische Schundorgan, die Ausländerfrage behandelt. Während er auf der einen Seite sich darüber beschwert, daß die Ostseebäder infolge der Valutaverhältnisse natürlich von Ausländern überflutet werden, muß er auf der anderen Seite zugeben, daß dieselben Ausländer sich äußerst taktvoll benehmen und jedenfalls ein ganz anderer Typ sind als der anmaßende Deutsche vor dem Kriege es war und heute noch ist.

Die Erholung der deutschen Bourgeoisie wird also wesentlich beeinträchtigt durch die Wohnungsnot in den Bädern. Es wird in der Presse berichtet, daß durch den Raummangel eine unsinnige Preissteigerung eingesetzt hat, so daß man z. B. in Swinemünde für ein einfaches Uebernachten durchschnittlich 100 Mark zahlen muß. Wie schlecht es dem deutschen Bourgeois geht, zeigt folgende Stelle eines Briefes aus Thiessow auf Rügen:

„Ueberall bietet sich das gleiche Bild. Die besten Logis haben die Ausländer belegt; der deutsche Michel mag mit seiner Familie in Dachkammern oder Bauernstuben hausen. Viele Sommergäste wohnen mit Dienstpersonal zusammen.“ (Entsetzlich! Nicht?)

Noch schlimmer geht es dem armen erholungsbedürftigen Bürgertum in Göhren auf Rügen. Von diesem Badeort wird berichtet:

„Für das Unterkommen in einer Dachkammer wurden 65 Mark mit den üblichen Zuschlägen verlangt und bezahlt. Die Erholungsbedürftigen schlafen in höchst primitiven Feldbettstellen. Strandkörbe werden mit 50 Mark die Woche bezahlt. Da ein polizeilich genehmigter Tarif existiert, erheben die Besitzer keine Forderung, sondern lassen sich den Preis von den Gästen machen. So wird das Publikum geprellt.“

Es ist wirklich schrecklich, was das arme Bürgertum zu leiden hat. Es wird aber wohl kaum zu der Einsicht kommen, daß diese Verhältnisse eine Folge des von ihm selbst inszenierten Weltkrieges sind. Daß aber trotz der Preise, die dem ausländischen Geldwert angeglichen sind, alle verfügbaren Unterkunftsräume auf Monate hinaus vollbesetzt sind, beweist am besten, welche Profite das Bürgertum aus der daniederliegenden deutschen Wirtschaft herausgepumpt hat und welche Summen es infolgedessen für seine Badereisen ausgeben kann!

Ein Waisenhaus für Charlottenburger Kinder

Der Magistrat teilt mit: Die zu Charlottenburg verstorbene Rentnerin Amanda Schwimmer hat in ihrem Testament die frühere Stadtgemeinde Charlottenburg zur Alleinerbin mit der Maßgabe eingesetzt, daß aus dem Nachlaß eine Stiftung mit dem Namen „Geschwister Schwimmersches Waisenhaus für arme Kinder der Stadt Charlottenburg“ errichtet werden soll.

Da beim Erbanfall nach Abzug der im Testament ausgesetzten Vermächtnisse die vorhandene Nachlaßmasse zum Bau und Betrieb eines Waisenhauses nicht ausreichte, hat der Magistrat Charlottenburg im Jahre 1908 beschlossen, die Zinsen des hinterlassenen Kapitals diesem solange zuzuschlagen, bis ein genügend großes Kapital für Bau und Einrichtung eines Waisenhauses angesammelt ist. Das ist jetzt der Fall. Auch bietet sich für die Verwirklichung des letzten Willens der Erblasserin zur Zeit eine günstige Gelegenheit. Das sogenannte „Amt“ in Massow (Kr. Naugard in Pommern), einer kleinen Landstadt von rund 3500 Einwohnern, das sich im Besitz eines Frl. von Lettow befindet, steht zum Verkauf. Eine vom Magistrat Charlottenburg eingesetzte Kommission empfiehlt nach eingehender Besichtigung den Ankauf.

Das „Amt“ liegt außerhalb der Stadt in einer Niederung, gegen Nord- und Ostwinde geschützt. Der Ort Massow ist in wenigen Minuten erreichbar. Das Amt ist ein fest und gut gebautes Haus, das in einem umzäunten Park liegt. Es besteht aus Erdgeschoß, Sockelgeschoß und Dachgeschoß; die Räume sind luftig und hell. Der Park enthält schöne und alte Bäume und außerdem zahlreiche Obstbäume und Nutzsträucher. Das Wirtschaftsgebäude und das Ackerland schließen unmittelbar an das Anwesen an.

Die Stadt Massow ist auf Wunsch bereit, weiteres angrenzendes Land zu verpachten. Der Erwerb des Amtshauses in Massow zur Einrichtung als Waisenhaus ist daher im Interesse der Jugendwohlfahrtspflege durchaus zu empfehlen.

Das Haus soll als Stammhaus für zunächst 25, später für mehr Kinder eingerichtet werden. Die Kinder werden von dort aus in geeignete Landpflegestellen untergebracht, in denen sie unter besonderer Aufsicht des Waisenhauses stehen. Voraussichtlich wird vom Magistrat Massow den Waisenkindern Schulgeldfreiheit gewährt werden. Die Ernährungsverhältnisse in Massow sind gut, ebenso sind die Schulverhältnisse gut. Ein Arzt hat sich bereit erklärt, die Aufsicht über das Waisenhaus zu übernehmen; ein gut eingerichtetes Krankenhaus befindet sich in unmittelbarer Nähe.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung diese Angelegenheit unterbreitet und um beschleunigte Beschlußfassung gebeten.

Das städtische Berufsamt in Neukölln

Von großer Bedeutung für den Handel, das Handwerk und die Industrie ist die Auslese des Nachwuchses von Jugendlichen für die verschiedenen Berufszweige. Das Bestreben aller beteiligten Kreise ist, nur solchen Jugendlichen im Beruf Einlaß zu gewähren, welche den gewählten Beruf im späteren Leben voll ausfüllen können.

Fehlgriffe bei der Berufswahl liegen daher weder im Interesse der Jugendlichen und deren Eltern, noch im Interesse derjenigen, welche die Ausbildung übernehmen.

Durch die den größeren Gemeinden auferlegte Verpflichtung, Berufsämter zu errichten, wird eine Forderung der Gewerbetreibenden, welche bisher von sich aus Beratungsstellen und Lehrstellenvermittelungen errichteten, erfüllt. Diese Stellen sind von den Gemeinden in vollem Umfange übernommen worden.

Die Aufgabe der Berufsämter geht dahin, eine planmäßige Beratung aller die Schule verlassenden Jugendlichen herbeizuführen und diesen sowie solchen Erwerbstätigen, welche den Beruf wechseln wollen, mit Rat zu helfen und eine Unterbringung in geeigneten Lehrstellen zu ermöglichen. Die Berufsberatung wird unterstützt durch die Schulen und die Schulärzte, durch Vorträge über die verschiedenen Berufe, die Ausübung derselben, die Anforderungen, welche der Beruf an den Ausübenden stellt. Die Gefahr einer überhasteten und unüberlegten, dadurch schädlichen Berufswahl, wird daher auf ein Mindestmaß herabgedrückt.

Seit ihrer Errichtung wird die Berufsberatungsstelle des Bezirksamtes XIV in Neukölln in weitestem Umfange von Ratsuchenden: Schülern, Eltern und Vormündern sowie auch von den Arbeitgebern, an welche ebenfalls Auskünfte in Berufs- und Lehrlingsfragen erteilt wurden, in Anspruch genommen.

Die Beratung, Auskunftserteilung und Vermittelung erfolgt für alle Teile völlig kostenlos und unter Berücksichtigung aller Umstände und Anforderungen. Zu beachten ist, daß den Arbeitgebern durch die Anmeldung von Lehrstellen und von Stellen, welche für Anzulernende in Frage kommen, Zeitersparnis in der Abfertigung ungeeigneter Bewerber und Ersparung von Insertionskosten entsteht, während den Eltern jetzt die früher oftmals unnötigen Laufereien und Fahrgeldausgaben, überhaupt eine bisher planlose Suche nach Lehrstellen erspart bleiben. In zusammenfassender Würdigung des Vorstehenden erscheint es für die Arbeitgeber durchaus geboten, das Berufsamt zur Besetzung von offenen Lehrstellen in Anspruch zu nehmen.

Arbeitgeber, welche die Absicht haben, zum nächsten Vierteljahr Lehrlinge einzustellen, werden hiermit aufgefordert, dies dem Berufsamt so früh als möglich mitzuteilen. Die Zuweisung von Jugendlichen erfolgt zum gewünschten Termin, damit ist jedoch keinerlei Zwang zur Annahme verbunden. Ueber die Einstellung und den Abschluß von Lehrverträgen entscheiden der Lehrherr und der gesetzliche Vertreter der Jugendlichen gemeinsam. Die Anmeldung der offenen Lehrstellen kann erfolgen durch die Post, mündlich oder durch Fernsprecher (männliche Abteilung: Neukölln 697, weibliche Abteilung: Neukölln 1522) in den Monaten August, September, Oktober — Montags und Donnerstags von 12—7 Uhr — an anderen Wochentagen von 8—3 Uhr. Die Geschäftsräume des Berufsamtes befinden sich in Neukölln, Richard- Ecke Ganghoferstraße, im Gebäude der Städtischen Sparkasse, Zimmer Nr. 41, 42 und 43.

Der streng-nationale Milchdirektor

In der Hildesheimer Molkereizeitung vom 15 Juli wird ein Obermeier mit streng nationaler Gesinnung gesucht. Dazu wird uns vom Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter geschrieben:

Wir haben der Direktion der Kyritzer Genossenschaft bereits unsere Meinung über ihre — Unverfrorenheit in einem Schreiben mitgeteilt und sind überzeugt, daß sie dasselbe sich nicht wird hinter den Spiegel stecken. Zu dem Inserat selbst wollen wir noch sagen, daß wir dem Kyritzer Genossenschaftsvorstand nur den guten Rat geben können, einen anderen Direktor anzustellen, der es nicht wie der jetzige darauf abgesehen hat, das Unternehmen zugrunde zu richten. Heute bekommt man nämlich überall Milch zu kaufen, und die städtischen Verbraucher in Berlin, denen die Kyritzer Eismilchgenossenschaft für teures Geld die Milch liefert, und die in ihrer gewaltigen Mehrheit freigewerkschaftlich denken, werden darüber zu entscheiden haben, ob hier nicht endlich einmal ein Exempel zu statuieren ist, und der Boykott des deutschnationalen Herrn Eismilchdirektors aus Kyritz gegen diejenigen Arbeitnehmer, die nicht so denken wie er, mit dem Boykott der nichtdeutschnationalen Verbraucher gegen ihn beantwortet werden soll. Der Gesinnungsterror ist während der letzten Zeit in der Landwirtschaft, sowie in den verwandten Betrieben in solchem Umfange eingerissen, daß es dringend notwendig wäre, wenn sich die Arbeitnehmerschaft als Verbraucher endlich einmal ernsthaft mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Aus dem Gerichtssaal

Der „Herr Revisor“. Ein alter Bekannter der Moabiter Gerichte gab kürzlich wieder eine Gastrolle, und zwar dieses Mal vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Es handelte sich um den vielfach vorbestraften Werkmeister Paul Wichmann, dessen mit großer Dreistigkeit ausgeführte Juwelendiebstähle im Westen Berlins seinerzeit großes Aufsehen erregt hatten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatte Wichmann, der stets sehr elegant angezogen und mit einer großen Aktentasche unter dem Arm auftrat, sich in der Rolle eines Revisors der Reichskohlenstelle Eingang in die Tiergartenvillen und die Häuser des Westens zu verschaffen gewußt, um dann mit großer Raffiniertheit und Schnelligkeit aus den Toilettentischen wertvolle Schmucksachen zu entwenden. So wurde u. a. bestohlen der Geheimrat v. Wassermann und die Frau Kommerzienrat Friedmann in der Rauchstraße. Letzterer wurde ein Perlenkollier im Werte von 1 800 000 M. entwendet, welches durch den flüchtigen Juwelier Weinstock und dessen Sohn für 50 000 M. angekauft und nach Paris verschoben wurde. Dieser Fall kam in der jetzigen Verhandlung zu einer Vertagung. Wegen der übrigen Fälle erkannte die Ferienstrafkammer auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren.

*

Das Rekonter vor dem Continental-Hotel, bei welchem ein als Mitglied der Interalliierten Kommission in Berlin weilender belgischer Chauffeur Smet von dem Hauptmann a. D. v. Paczens beleidigt worden war, beschäftigt augenblicklich das Kammergericht. Der Beschuldigte von P. hatte vor dem vor dem Continental-Hotel mit seinem Wagen haltenden Chauffeur ausgespien und ihm das Wort „Cochon“ zugerufen. Wegen dieses Vorfalles stellte General Nollet als Chef der Interalliierten Kommission Strafantrag wegen Beleidigung, und zwar in französischer Sprache. Das Schöffengericht kam auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn zu einer Einstellung des Verfahrens, da ein in französischer Sprache bei einem deutschen Gericht gestellter Strafantrag ungültig sei, weil nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Gerichtssprache die deutsche Sprache sei. Mit demselben Rechte könne sonst jemand einen Strafantrag in Sanskrit oder in dem altindischen Pali stellen und es dem Gericht überlassen, sich mit Hilfe einiger Sprachforscher eine Uebersetzung zu beschaffen.

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft stellte die Strafkammer aus denselben Gründen das Verfahren gleichfalls ein. Offenbar auf Anweisung von höherer Stelle legte die Staatsanwaltschaft auch noch Revision beim Kammergericht ein. Hier machte der Verteidiger geltend, daß General Nollet als französischer Offizier für einen belgischen Soldaten nicht Strafantrag stellen könne, Ferner habe sich der Beleidigte zurzeit des Vorfalls gar nicht im Dienst befunden, so daß auch aus diesem Grunde nicht ein Vorgesetzter des Smet, sondern nur dieser selbst, den Strafantrag stellen konnte. Das Kammergericht beschloß, über

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Früher hatte Peters Erzieher es für angebracht gefunden, die Schulstunden für seinen außergewöhnlichen Schüler — Sohn vom Felsenbrunner Hof! — in die gute Stube zu verlegen, und Peter hatte reichlich Muße gehabt, die schönen Damen zu studieren. Eingehend beschäftigte ihn die Frage, warum der Kanarienvogel es nicht vorzog, weiterzufliegen, anstatt auf diesen steifen Papiermachéfingern und vor diesem steifen Papiermachégesicht zu sitzen; ebenso, warum sich die schwarze, schöne Dame gar so fürchterlich plagte, es in Verrenkungen den Schlangenmenschen gleich zu tun, wo sie doch das Traubenessen viel einfacher hätte bewerkstelligen können.

Nach einigen Versuchen, die Stunden hier abzuhalten, verpflanzte ihn der Präzeptor in die muffige Schulstube oder gar in das wüste Durcheinander seines Schlafzimmers.

Daß er heute wieder in die gute Stube geschoben wurde, erweckte beunruhigende Gefühle in Peter. Auch der grinsende Empfang seines Präzeptors änderte nichts an seiner verzweifelten Stimmung. Peter hatte noch nie seine Augen so grausam gefunden.

Was hielt denn der Mann so konsequent hinter dem Rücken?

„Dein Vater, lieber Peter,“ begann er nach einem gründlichen Räuspern, „hat mir den ehrenvollen aber gewiß nicht dankbaren Auftrag erteilt, dich gründlich von deiner Nichtsnutzigkeit zu überzeugen. Er selbst liebt es nicht, sich aufzuregen, — reiche Leute können sich das ja gestatten, es ist bequemer und macht keinen Lärm im eignen Hause, wo ein Krankes liegt. Ich glaube dir die nötige Einsicht am gründlichsten beizubringen, indem ich — — da komm einmal her, mein Jüngelchen!“

Mit starren Augen, die Hände weit vorgestreckt, ging Peter rückwärts. Das Etwas kam hinter dem Rücken des Lehrers vor, ein ganz gewöhnliches, solides, ausgiebiges, spanisches Rohr.

„Nicht schlagen! Nein! nein! nicht schlagen! Ich dulde es nicht!“ schrie Peter entsetzt. Er stand an der Mauer und stieß mit den Füßen nach dem Lehrer, aber es half ihm nichts. Der Große, Knochige war ihm an Körperkraft weit überlegen. Es begann in dem engen Zimmer eine wilde Jagd, bei welcher der Lehrer mit übereinandergebissenen Zähnen blind drauflos schlug und Peter sich wie eine Katze durchzuwinden suchte, um seinen Schlägen zu entgehen. Zuletzt fand er aber keinen Ausweg mehr und mußte die Schläge ertragen, die mit elementarer Gewalt niersausten. Er gab keinen Laut von sich; plötzlich griff er aber blitzschnell zu, bekam den Stock zu fassen und schleuderte ihn gegen den Wütenden, der Peter in der ersten Verblüffung an sich vorbeistürzen ließ.

Endlich war er draußen! Die Bestie würde sich wohl hüten, ihn auf der Straße zu verfolgen! Obwohl Peter am ganzen Körper zitterte vor körperlichen und seelischen Schmerzen, stürzte er fort, so schnell er vermochte.

Worte des Hasses gegen seinen Peiniger, Worte des Hasses gegen seinen Vater, der ihm diese Schmach angetan, quollen über seine Lippen. War es denn noch immer nicht genug? Wollten sie ihn ganz kaputt machen? Er verkroch sich in den Wald und schlug wie ein Rasender um sich, bis ihn die Erschöpfung zum Stillhalten zwang. Lange Zeit lag er ohne Regung da, bis ihn ein Gedanke packte und nicht wieder verließ. Wer hatte ihn verraten? Wer hatte die Geschichte mit dem Goldherz hinterbracht? — Gretchen? —

Da stand er auch schon auf den Beinen, und in einem starken und wilden Gefühl, die Falsche zur Rechenschaft ziehen zu müssen, machte er sich auf den Weg nach Haseberg.

Mit verquollenem Gesicht, mit trüben Augen, den Kopf dunkelrot, die Lippen rissig, mit unordentlichen Kleidern kam er dort an. Er fiel fast ins Haus vor Begier, Gretchen zu strafen. Das eitle Kind saß in der Stube auf dem erfahrenen Kanapee, fältete eine feine Spitzenkrause, die sie von links und rechts betrachtete und schrie auf, als sie Peter in verhaltener Wut auf sich zukommen sah. Sie streckte bittend die Hände aus: „Peter, um Gotteswille, was is?“ und wich zurück, als er sie mit Gewalt an den Handgelenken packte.

„Du bist schlecht,“ sagte er heiser, „ganz schlecht bist du, du hast mich verraten!“

Und in übermäßigem Schmerz zerrte er das Mädchen in die Höhe, stieß sie hin und her und schrie ihr ins Gesicht: „Ein Bub wenn du wärst, ich schlüg dich auf der Stelle nieder! Ich hab das Goldherz genommen, aber ich hab nicht gestohlen, das ist nicht wahr! Ich wollte nur nicht haben, daß es Heinrich dir gibt. Ich wollte es dir geben, weil ich nicht haben kann, daß du ihn lieber hast als mich, ich kann es nicht haben!“ sagte er heiser und ließ ihre Hand los, „aber du, Judas, verrätst mich!“

Er ballte die Fäuste, Gretchen wich zurück, sah Peter trotzig an und sagte: „Schlag nur zu! Sie haben ja alles aus mir herausgepreßt; glaubst du denn, ich hätt sonst was gesagt? Peter, Peter, hab mich doch wieder lieb! Ich hab dich ja so gern!“ und als sie Peter weich werden sah, warf sie sich an seinen Hals, streichelte ihn zart und zog ihn auf das Kanapee, das vernehmliche Töne der Mißbilligung über die neue Erfahrung von sich gab, und murmelte immerfort: „Sei still, du bist mein lieber Peter! Ich will den Heinrich nimmer, ich will nur dich. Der Heinrich hat ja eine ernsthaft in Speyer! Mach kein so böses Gesicht, ich kanns nicht sehen, glaubst du mir denn nicht? — Was ist denn überhaupt geschehen?“

Unter den guten Worten und Liebkosungen begann Peter stockend zu erzählen, was er erlebt, auch was er neulich in der Nacht durchgemacht. Er erzählte abgebrochen und stockend; es löste sich schwer von seinem Herzen, und seine unterdrückten Klagen konnten fast keine Worte finden. Während ihn Gretchen streichelte, sah sie nach der Uhr. Es war besser, wenn Peter ging, ehe Kätchen aus der Schule zurück war. Der kleine Fratz sah und hörte alles.

„Ja, du bist en armer Bub,“ sagte Gretchen zerstreut, „aber e lieber, lieber Bub! Heinrich ist ja schöner, aber du hast sowas, halb zum Fürchte und halb zum Gernhabe. Mein Mamme sagts auch! Aber horch, emal, Peter,“ Gretchen tat auf einmal ganz mütterlich, sie sah den Chignon der alten Katzebergern in der Ferne wippen — „ich will d'r was sage: Du geh jetzt heim, die Mamme wird bald komme. Es is besser, die sieht dich nit: Alla, adie, Peter! Geh heim!“ schmeichelte die kleine Katze und sah ihn zärtlich an.

„Heim! Das ist ein Heim! Das wird jetzt was werden! Lieber läg ich im Weiher drüben! Wenn meine Mutter nicht wär —“

Nein, so was konnte Gretchen nicht leiden! „Schwätz doch nicht so dummes Zeug und geh!“ Und da Peter immer noch finster und trüb drein schaute, küßte sie ihn herzhaft ab, immer mit den Augen auf dem Weg, auf dem die Mutter näher und immer näher kam, und drängte ihn sanft zur Türe.

Als sie sah, daß er nur schwer gehen konnte und hinkend über das Zimmer schlich, mußte sie laut lachen — so komisch kam ihr das vor — so laut und andauernd, daß sie ihm kaum mehr Adieu sagen konnte.

*

Helene und Alwine sprachen fast nichts miteinander. Alwine hatte mit großem Mißfallen bemerkt, daß Helene den Thomanns, als sie nach der erkrankten Mutter im Vorbeifahren frugen, mit einem lodernden Enthusiasmus entgegengestürzt war. Den nächsten Tag fiel es Helene gar ein, kurzerhand das Fuhrwerk vom Vater zu verlangen.

(Fortsetzung folgt.)

diesen letzten Punkt neue Beweiserhebungen von der Staatsanwaltschaft vornehmen zu lassen.

Der Ortsausschuß Berlin der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung, Taubenstraße 33, II, teilt mit, daß mit Rücksicht auf die Urlaubszeit während des Monats August Sprechstunden nur Montag, Dienstag und Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, abgehalten werden. Die Vormittagssprechstunden fallen aus. Schriftliche Auskunft wird jederzeit erteilt.

Eine wichtige Fahrplanänderung auf dem Nordringe gelangt mit dem 1. August d. J. zur Durchführung. Wie erinnerlich, hatte die Eisenbahndirektion Anfang Mai d. J. einige Züge von Weißensee nach der Stadtbahn über Stralau-Rummelsburg in den Hauptberufsverkehrsstunden am Vormittag eingelegt, um einem häufig geäußerten Wunsche der Anwohner des Nordringes abhelfen zu können. Diese Züge, die seit dieser Zeit an den Werktagen verkehren, sind noch immer nicht voll ausgenutzt. Daher werden die Züge nunmehr nicht mehr von Weißensee, sondern von Gesundbrunnen über den Nordring, Stralau-Rummelsburg nach der Stadtbahn gefahren, um auch den hinter Weißensee wohnenden Berufsreisenden sowie den Reisenden, die aus den nördlichen Vororten kommen und nach einer Stadtbahnstation wollen, Gelegenheit zu geben, ohne Umsteigen nach der Stadtbahn zu gelangen. Zu diesem Zwecke ändern sich im Frühverkehr die Fahrzeiten folgender Züge: ab Lichtenberg 4.18 früh, 4.43 früh, 5.13 und 5.43 früh nach Schlesischer Bahnhof, an 4.31, bzw. 4.56, 5.26 und 5.56 früh. Vom Schlesischen Bahnhof fahren die Züge nach dem Nordringe nunmehr um 4.44 früh (an Gesundbrunnen 5.15 früh), 5.22 (an Gesundbrunnen 5.55 früh), 5.52 früh (an Gesundbrunnen 6.25) und 6.22 (an Gesundbrunnen 5.56 früh). Vom Bahnhof Gesundbrunnen werden folgende Züge nunmehr über die Stadtbahn verkehren: ab Gesundbrunnen 5.42, 6.12, 6.42 und 7.12 früh, die in Weißensee um 5.53, 6.23, 6.53 und 7.23 früh wie im bisherigen Fahrplan der über die Stadtbahn vom Nordring verkehrenden Züge weitergefahren werden. Diese vier Züge haben gute Anschlüsse an eine ganze Reihe von den nördlichen Vororten in Gesundbrunnen eintreffende Züge und stellen somit eine wesentliche Verbesserung des Fahrplans auf dem Nordringe dar.

Keine Neueinstellungen bei der Straßenbahn? Der Magistrat bestreitet die Richtigkeit der in einzelnen Zeitungen wiedergegebenen Nachricht, daß die Straßenbahn für die Gleisbau-Abteilung 200 Mann anstellen will. Durch die nunmehr durchgeführten Verkehrseinschränkungen sei genügendes Personal freigemacht worden. Dieses Personal werde jetzt zur Instandsetzung der Gleise verwendet. Es handele sich also nicht um Neueinstellungen.

Prinz Eitel Friedrich abgewiesen. Vor dem Zivilgericht des Landgerichts Potsdam wurde jetzt der Streit um den kleinen Prinzen Karl Franz Josef entschieden. Prinz Eitel Schieberich, der den Prinzen nach dem Tode des Prinzen Joachim bekanntlich zu sich genommen hatte, verweigerte der Witwe des Prinzen die Herausgabe ihres Sohnes. Jetzt hat das Potsdamer Gericht dahin entschieden, daß Prinz Eitel Friedrich den Sohn binnen 4 Wochen der Mutter herausgeben muß, da nach dem Gerichtsbeschluß Prinz Karl Franz Josef der Mutter zugesprochen worden ist. Die Prinzessin, die in Dessau weilt, hat eine einstweilige Verfügung erwirken wollen, daß ihr der kleine Prinz schon vor der gesetzlichen vierwöchentlichen Frist ausgeliefert werde, weil ihre Nerven durch die Sehnsucht nach ihrem Kinde total herunter seien. Das Potsdamer Gericht hat dem nicht stattgegeben und vorher eine mündliche Verhandlung beider Parteien angesetzt. Zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens wurde Prinz Eitel Friedrich verurteilt, und in der Urteilsbegründung wurde angegeben, daß das Hausgesetz der Hohenzollern nicht mehr in Anwendung zu bringen ist.

Jagow macht Visite. Der Kapplst Jagow, der für den Herrn Justizminister Schiffer unauffindbar war, machte am Dienstag in Berlin in einem Auto in der Firma Borsig einige Besuche bei seinen kappistischen Freunden. Schiffer hatte angeblich dafür gesorgt, daß er nicht belästigt wurde. Ob Jagow auch bei seinem Schützling Schiffer einen Besuch gemacht hat, konnten wir nicht feststellen. Er wird sich, solange der „verkappte" Herr Schiffer das hohe Amt eines Justizministers inne hat, weiterhin in Berlin unbehelligt aufhalten können.

Die Verordnung über die Verwertung von Küchenabfällen ist durch Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 24. Juni 1921 auf die Verwaltungsbezirke Charlottenburg, Spandau, Berlin-Steglitz, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Berlin-Weißensee, Berlin-Pankow, Berlin-Reinickendorf ausgedehnt worden. Die Erfassung sämtlicher nicht im eigenen Haushalt verbrauchten oder verfütterten Küchenabfälle ist im Interesse der Beschaffung von Viehfutter, namentlich im kommenden Winter, speziell für unsere Milchkühe, notwendig. Um die Ablieferungsfreudigkeit zu heben, werden private Händler zugelassen, die gegen Abgabe von Brennholz usw. Küchenabfälle einsammeln und zu einem behördlich festgesetzten Preise in erster Linie den Kuhhaltern zuführen. Die Namen der zugelassenen Händler werden von Fall zu Fall in den einzelnen Bezirken bekanntgegeben.

Zu einer Schießerei zwischen Kriminalbeamten und Einbrechern kam es in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Brüsseler Straße 8. In der Nacht zum Sonntag hatten dort bereits Einbrecher versucht, bei dem Schlächtermeister Smillon einzudringen. Sie wurden jedoch gestört. In der Annahme, daß die Einbrecher wiederkommen würden, hatten sich drei Kriminalbeamte gestern abend auf dem Grundstück postiert. Tatsächlich erschienen die Einbrecher auch. Als sie von den Beamten gestellt wurden, gaben sie sofort mehrere Schüsse ab, die von den Beamten sofort erwidert wurden. Während die Beamten unverletzt blieben, wurde einer der Einbrecher, der 27 Jahre alte Schlosser Hugo Wagner mehrmals getroffen und so schwer verletzt, daß er als Polizeigefangener nach der Charité gebracht werden mußte. Seine Spießgesellen waren zunächst entkommen. Sie wurden jedoch noch im Laufe der Nacht ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um die beiden Brüder Paul und Otto Rabitsch aus der Müllerstraße. Otto Rabitsch war bei dem Schlächtermeister in Stellung gewesen und hatte sich von dessen Geldkassette in der Wand einen Schlüsselabdruck gemacht und danach einen Nachschlüssel anfertigen lassen. Die Einbrecher hatten es auf den Inhalt der Kassette abgesehen.

Vier Kinder unter einem Mauerpfeiler begraben. Gestern nachmittag spielten mehrere Kinder an einem eisernen Tor, das an einem Mauerpfeiler vor dem Hause Kurze Straße 3a in Steglitz befestigt war, indem sie die eiserne Tür erkletterten und dieselbe hin und her bewegten. Infolge der erheblichen Belastung stürzte plötzlich der schon sehr schadhafte Pfeiler zusammen und die Mauerblöcke begruben vier Kinder unter sich, die zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten. Die 10jährige Else Froeschel, die in dem genannten Hause wohnt, erlitt eine Kopfverletzung, die 6jährige Lucie Mascheck, ebenfalls Kurze Straße 3a wohnhaft, trug einen doppelten Bruch des rechten Fußes davon und mußte schleunigst nach dem Krankenhause in Lichterfelde gebracht werden. Die 9jährige Margot Müller, Kurze Straße 4, zog sich Kopf- und innere Verletzungen zu und die 10 Jahre alte Hilde Glatt aus der Kurze Straße 8 mehrere Kopfwunden.

Eine gewaltige Detonation verursachte gestern nachmittag in der Boyenstraße eine große Aufregung. Kurz vor 8 Uhr gab es einen ungewöhnlich starken Knall, dem ein Klirren von vielen zerbrochenen Fensterscheiben folgte. Wie sich bald herausstellte, war vor dem Hause Nr. 43 infolge der heißen Sonnenstrahlen eine Kohlensäureflasche explodiert. Der Luftdruck war so groß, daß die meisten Fensterscheiben der umliegenden Häuser sprangen. Personen wurden nicht verletzt.

Arbeitersport

Turn- und Sportverein Fichte. Mittwoch, 27. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung Rosenthaler Str. 11-12. Wichtige Tagesordnung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Am Mittwoch, 27. Juli, pünktlich 7½ Uhr abends, Ortsgruppen-Monatsversammlung (Geschäftliches) in der Schulaula Weinmeisterstr. 15.

Gewerkschaftliches

Betriebsräte im Aufsichtsrat

Der Paragraph 70 des Betriebsrätegesetzes sah für Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, vor, daß „nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenen Gesetzes ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt" werden sollen. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in den letzten Monaten mit dieser Materie. Die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse beeinflußte insofern diese Arbeiten, als man auf Unternehmerseite versuchte, den sozialpolitischen Fortschritt stark zu drosseln.

Am 8. und 9. Juni fanden im Plenum des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Beratungen statt, über deren Ergebnisse Genosse **Aufhäuser** in Nr. 9 des von der „AfA" herausgegebenen „Betriebsrates" instruktiv berichtet.

Danach wollte man den Betriebsratsvertretern die Befugnis nur zugestehen, Aufklärungen zu verlangen, Anträge zu stellen und an Abstimmungen teilzunehmen, an welchen die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer berührt werden. Die Angestelltenvertreter, besonders die Delegierten des AfA-Bundes, forderten die völlig gleichberechtigte Mitgliedschaft im Aufsichtsrat. Nach harten Kämpfen, wie Aufhäuser mitteilt, gelang es, die überwältigende Mehrheit des Reichswirtschaftsrates dahin zu bringen, die Ansicht unserer Genossen zu teilen. Auf Seite der Arbeitnehmer wollte man lediglich die früheren Angestelltenausschüsse bewilligen. Die Auseinandersetzungen sollen lebhaft an die Debatten um das Betriebsrätegesetz erinnert haben.

Es wurde erreicht, daß der Kreis der vom Aufsichtsratgesetz zu erfassenden Betriebe erweitert wurde. Die Unternehmervertreter wollten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ausgenommen wissen, wie überhaupt systematische Sabotage von dieser Seite getrieben worden ist.

Schwer gekämpft wurde vor allem um den Paragraphen 3, der die Gleichberechtigung der Betriebsratsmitglieder mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern enthält. Die Arbeitgeber eröffneten einen Sturm mit Eingaben und Denkschriften, um den Paragraphen zu Fall zu bringen und brachten folgende Fassung des Paragraphen 3 ein:

„Die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder haben in den Sitzungen des Aufsichtsrats die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Sie sind zu allen Sitzungen einzuladen, in denen diese Gegenstände behandelt werden."

Die AfA-Vertreter bemühten sich um den Nachweis, daß eine Einschränkung der Rechte der Betriebsräte dem Betriebsrätegesetz, und dem Paragraph 70 speziell, widerspreche. Insbesondere pflichtete auch Professor Franke, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, unseren Genossen bei, und es gelang, den Paragraphen 3 der Regierungsvorlage aufrechtzuerhalten.

Paragraph 4 behandelt die Vertretungsstärke, und es gelang, schon bei einem dreigliedrigen Aufsichtsrat zwei Betriebsratsvertreter in den Aufsichtsrat zu delegieren. Bei Paragraph 5 wurden die Einschränkungen in bezug auf Wählbarkeit ausgemerzt, so daß alle Mitglieder des Wahlkörpers wählbar sind. Die Entsendung der Betriebsräte, soweit es sich um Wahlkörper handelt, werden Unstimmigkeiten im Gefolge haben, und eine restlose Klärung konnte nicht durchgesetzt werden. Die Genossenschaften sind ebenfalls erfaßt worden, und die lebhafte Debatte darüber entschied zugunsten der Angestellten. Der Paragraph 6 des Regierungsvorschlages sah die getrennte Wahl der Arbeiter und Angestellten vor. Es gelang aber eine grundlegende Aenderung, und der Schutz der Minderheitsgruppe ist erzielt worden. Genosse Aufhäuser schreibt zusammenfassend über das Ergebnis:

„Man braucht die Bedeutung des Aufsichtsratsgesetzes im ganzen nicht zu überschätzen und wird dennoch mit Genugtuung feststellen dürfen, daß diesmal die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat mit einem beachtlichen Erfolg abgeschlossen werden konnten. Den Erfolg werden vor allem alle diejenigen erkennen müssen, die Gelegenheit hatten, den Proteststurm zu betrachten, mit dem das organisierte Unternehmertum in den letzten drei Monaten auf die Regierung und den RW. eingedrungen waren. Wir haben nun darauf zu dringen, daß der Reichstag das Gesetz noch möglichst vor Eintritt der Sommerferien verabschiedet."

An den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenschaft wird es nun liegen, durch intensives Eindringen in die betr. Fragen sich diejenigen Kenntnisse anzueignen, die sie befähigen, mit den gerissenen Kaufleuten, Finanziers und Juristen in Wettstreit zu treten und um nicht überrumpelt zu werden. Diese Vorbedingungen müssen aber erst erfüllt werden. Dann wird es möglich sein, diesem und jedem anderen Gesetz Leben und Inhalt zu geben. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, diese ureigenste Aufgabe zu lösen, zum Vorteil ihrer selbst.

Zur Delegiertenwahl im Deutschen Metallarbeiter-Verband

Für Berlin liegen nun die endgültigen Zahlen vor. Abgegeben wurden 54 128 Stimmen.

Die Liste A erhielt 30 842, auf Liste B entfielen 22 827, und ungültig waren 459 Stimmen. Es ist bemerkenswert, daß eine so hohe Zahl von Stimmen als ungültig erklärt werden mußten. Dabei ist die Wahltechnik die allereinfachste, es genügte nur das kreuzweise Durchstreichen eines Namens.

Zu den im gestrigen Abendblatt bereits mitgeteilten Wahlresultaten können wir noch von folgenden Ergebnissen berichten:

In Magdeburg wurde die reine S. P. D.-Liste gewählt mit 4055 Stimmen. In Stettin erhielt die vereinigte gewerkschaftliche Liste 1486 Stimmen, während die Moskauer Liste 724 Stimmen erhielt. Kiel, die vereinigte gewerkschaftliche Liste 3638, Moskau 1593 Stimmen. Bochum vereinigte gewerkschaftliche Liste 1319, Moskau 934 Stimmen. Oberhausen (Rheinland) vereinigte gewerkschaftliche Liste 961, Moskau 368 Stimmen. In Mülheim (Ruhr) vereinigte gewerkschaftliche Liste 538, Moskau 362. In Saalfeld (Thüringen) reine U. S. P.-Liste 553 Stimmen, Moskau 375. Im Verwaltungsbezirk Essen erhielt von 59 Delegierten 12 die Liste Moskau. Im Bezirk Hagen entfielen von 56 Delegierten 7 auf Moskau (alle 7 in Remscheid). In Rheinland-Westfalen ist das Gesamtresultat: Amsterdamer Liste 113, Moskau 19. Bezirk Essen: Von 69 Delegierten kamen 12 Delegierte auf die K. P. D.-Liste.

Die bisherigen Ergebnisse lassen ersehen, daß die Kommunisten auf der ganzen Linie zurückgedrängt worden sind, ein Beweis für die — „Güte" der kommunistischen Zerstörungspolitik, die in den Gewerkschaften anzuwenden versucht, die aber zum ergebnislosen Scheitern verurteilt wurde.

Ein besonders krasser Fall von Lehrlingsausbeutung

Der bei dem Fleischermeister Haseloff, Teltow, Breitestr. 7, beschäftigte Lehrling hat eine Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis in die späte Nacht hinein. Von morgens bis abends 8 Uhr muß der Lehrling Landarbeit verrichten, kommt er nach Hause, dann geht das Schlachten los. Bis 10 — 11 ja 12 Uhr. Sogar Sonntags wird geschlachtet.

Kost und Logis hat der Lehrling beim Meister. Die Schlafstube ist im Keller, die Fenster verglasert. Vorübergehende zeigen mit Fingern, wenn sich jemand am Fenster sehen läßt. „Seht, da sitzen welche im Zoo im Käfig!" sagte neulich einer im Vorbeigehen. Die Beschäftigten müssen, wenn sie wirklich einmal weggehen, auf den Wächter warten, der sie einläßt. Schlimmer kann's im Gefängnis auch nicht sein.

Zu diesen Verhältnissen kommt noch die — Schlagfertigkeit des Herrn Fleischermeisters. Besonders, seitdem der Herr „Obermeister" seiner Innung geworden ist. Erst vor kurzem wurde ein Kutscher grün und blau geschlagen! — Wie gastlich das Haus des Herrn Obermeisters ist, geht schon daraus hervor, daß in kurzer Zeit 5 Kutscher und 3 Gesellen diese freundliche Stelle verlassen haben, weil die Behandlung des Viehs besser ist, als die der Arbeitskräfte.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft in Teltow, auf die Waren des Herrn Haseloff solange zu verzichten, bis der Herr sich bequemt, seinem Personal anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Zentralverband der Fleischer.

Streik der Zimmerer

Am 26. Juli fand die Fortsetzung der Delegiertenversammlung der Zimmerer in den Andreas-Festsälen statt. Nachdem in den Bezirksversammlungen mit übergroßer Mehrheit der Beschluß gefaßt wurde, den Vergleichsvorschlag vom Lohnbezirksamt auf Erhöhung der Löhne um nur 60 Pf. pro Stunde abzulehnen und in den Streik zu treten, fand, nachdem Brettschneider noch nähere Richtlinien unterbreitete, folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute am 26. Juli 1921, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstraße 21, tagende Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, hält nach eingehender Beratung unter Berücksichtigung des Ergebnisses der letzten Bezirksversammlungen (23. und 24. Juli) an dem Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 23. Juli 1921 fest, welcher dahingeht, daß der Vergleichsvorschlag des Bezirkslohnamts vom 18. Juli 1921 den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Zimmerer Groß-Berlins in keiner Weise Rechnung trägt. Die Delegiertenversammlung hält daher an der am 20. Juni d. J. an den Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin E. V. eingereichten Forderung in Höhe von 95 Pf. pro Stunde fest.

Somit ergeht laut Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 26. Juli 1921 an alle Zimmerer Berlins und Umgegend die Aufforderung, vom Mittwoch, den 27. Juli 1921, ab, **auf allen Arbeitsstellen die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis unsere berechtigte Forderung von der Arbeitgeberorganisation anerkannt ist.**

Die Delegiertenversammlung beauftragt zugleich die Schlichtungskommission und den Vorstand, falls Verhandlungen von seiten der Arbeitgeber gewünscht werden, diesen stattzugeben."

Eisenbahner. Am Donnerstag, den 21. Juli, tagte in den Sophien-Sälen eine Sektionsversammlung der Werkstätten, Handwerker und Arbeiter, die sich mit den Vorgängen in Erfurt beschäftigte. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Wilhelm Schulz, führte aus, daß der Reichslohntarif manchen Nachteil bringe, da die juristische Auslegung desselben von der Verwaltung oft zum Schaden der Arbeiter sei. Es muß aufhören, daß die Verwaltung ihre Auslegung für die einzig richtige halte und einfach, ohne sich vorher mit den Tarifparteien in Verbindung zu setzen, auf dem Wege der Verfügung diese ihre Ansicht verwirklicht. In Erfurt ist man dazu übergegangen, den Kollegen einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, wonach sich die Kollegen verpflichten sollten, eine Pause von mindestens einer Stunde anzuerkennen. Diejenigen, die sich weigerten, dem nachzukommen, wurden entlassen. Eine Regelung ist inzwischen erfolgt. Hier ist aber eine andere Frage akut. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß eine geteilte Arbeitszeit erst dann in Frage kommt, wenn den betreffenden Arbeitern mindestens eine Stunde zur Einnahme des Essens und eine dementsprechende Ruhe zur Verfügung steht.

Der Referent führte weiter aus, daß das eine verwaltungsseitige Auffassung ist, die wir als Tarifkontrahenten nicht teilen brauchen. Er steht auf dem Standpunkt, daß der Ausdruck „geteilte" oder „ungeteilte" Arbeitszeit zunächst ein rein theoretischer Begriff ist, dem eine generelle Auffassung oder Regelung nicht zugrunde liegt. Wenn man von einer geteilten Arbeitszeit spricht, so ist, rein theoretisch genommen, jede Arbeitszeit, in der Pausen enthalten sind, die nachgearbeitet werden müssen, also exklusive berechnet werden, als eine geteilte zu betrachten, ohne Rücksicht auf die Länge und Dauer derselben. Von einer ungeteilten Arbeitszeit kann nur dann die Rede sein, wenn offizielle Pausen in der Arbeitszeit nicht enthalten sind, d. h., wenn die Essenspausen als Unterbrechung der Arbeitszeit nicht als vorhanden gelten und dementsprechend dieselben innerhalb der Arbeitsdauer liegen. Es muß entschieden Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß eine einseitig gefaßte Auslegung eines Paragraphen des Reichslohntarifes ohne vorherige Verständigung mit den beteiligten Organisationen dazu dienen kann, den Betrieb dermaßen zu erschüttern, wie es in Erfurt geschehen ist. Jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, führte Schulz aus, daß eine geteilte Arbeitszeit schon vorhanden ist und die Kollegen sich einer anderweitigen Regelung derselben, besonders wenn eine einseitige Auslegung zugrunde gelegt wird, widersetzen. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Sektion der Haupt-Werkstätten der Ortsgruppe Groß-Berlin steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeitszeit, wie sie jetzt ist, als eine geteilte zu betrachten ist. Sie muß es ablehnen, der Auslegung der Verwaltung stattzugeben, und wendet sich mit aller Energie gegen eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit."

Klavierarbeiter. Am Freitag, den 29. Juli, nachmittags 5 Uhr, im „Reichenberger Hof", großer Saal, Reichenberger Straße 147, Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute aller Betriebe. Tagesordnung: Unsere Stellung zur Antwort der Unternehmer.

Die Branchenleitung.

Parteiveranstaltungen

14. Verwaltungsbezirk (Neukölln). Die Bezirksführer holen Plakate zur Demonstration vom Bureau Reuterstraße.

Mittwoch, 27. Juli

2. Distrikt (Berlin-Mitte). Vor den bekannten Lokalen Plakate abholen.

10. Distrikt. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schurmann, Stettiner Str. 11.

12. Distrikt, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Hoffmann, Lychener Str. 8. Stellvertreter sind mit einzuladen.

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr bei Bonn, Apostel-Paulus-Str. 33, Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen teilnehmen.

Charlottenburg, 5. Abteilung. Abends 7 Uhr Kartoffelabend der Abteilung bei Hartfiel, Schulstraße. Die Funktionäre treffen sich eine halbe Stunde früher.

Donnerstag, 28. Juli

16. Verwaltungsbezirk. (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wuhlheide und Grünau.) Abends 7 Uhr Sitzung aller Funktionäre im Köpenicker Rathaus, Zimmer 42, nicht am Mittwoch.

19. Verwaltungsbezirk. Kinderausflug nach Nieder-Schönhausen, Restaurant Schüßler. Treffpunkte: Pankow-Nord 1 Uhr mittags bei Velsie, Rettigstr. 14, Pankow-Süd 1 Uhr mittags Berliner Straße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße, Heinersdorf 1 Uhr mittags Prenzlauer Promenade, Ecke Tintenstraße. Gemeinsamer Treffpunkt 2 Uhr nachm. bei Schüßler. 1 M. und Mundvorrat mitbringen.

9. Distrikt, Wedding. 2. Abteilung. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung, Schule Lütticher Str. 47-49.

20. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Piel, Naunynstr. 3. Stadt- und Bezirksverordnete sind hierzu eingeladen.

Steglitz. Abends 8 Uhr bei Schellhase, Ahornstr. 15a, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Geschäftliches. Vortrag: „Die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen". Aufstellung der Kandidaten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Freitag, 29. Juli

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung der Bildungskommissionen im Rathaus, Mariendorf, Zimmer 26. Wegen der Wichtigkeit dieser Sitzung wird das pünktliche Erscheinen jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht.

18. Distrikt. 7 Uhr sämtliche Ordner bei Schurmann, Stettiner Str. 11.

Vereinskalender

Donnerstag, 28. Juli

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche 3 A (Kurz-, Galanterie-, Spielwaren). Abends ½6 Uhr bei Radike, Neue Jakobstr. 1—3, Gruppenversammlung. Tarifständigung.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Herbert Sager, Rahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerzin, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 68, Breite Straße 30.